

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D27, Magazinstraße 6/7 II — Fernspr.: Königsplatz 1076 — Postfachkonto Berlin 5386 — Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Verzinkt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Angewandte die sechs gespaltene Kleinzeile 15 Mark Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Rehm, Berlin D27, Magazinstraße 6/7 II, zu richten. — Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 9 Mark und Postgebühren

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: (Hauptblatt): Wahlkreiseinteilung zum Gewerkschafts-Kongress 1922. — Der Lenz ist da — wann wird es Sommer sein? — Das Reichsmietengesetz. — Fünf Jahre russische Revolution. — Zum „Streik gegen den technischen Fortschritt“. — Vorwärts, Posamentierer, nicht rückwärts! — Verächtigung. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Wirtschaftliches. — Verichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit I (3).

Wahlkreiseinteilung zum Gewerkschafts-Kongress 1922.

(Weil das erstmal fehlerhaft, wiederholt.)

Als Mitgliederzahl gilt die des 3. Quartals: 617 225. Nach dem Beschluß der Beiratsitzung vom 10. bis 12. März werden 60 Delegierte entsandt. Für Vorstand und Redaktion zusammen sind 10 Delegierte vorzusehen, 50 Delegierte sind in den Wahlkreisen zu wählen. Auf je 12 344 Mitglieder würde somit ein Mandat entfallen. Die Einteilung der Wahlkreise ist durch das Statut bestimmt.

1. Wahlkreis.		3. Wahlkreis.	
Gaue:		Gaue:	
Hannover . . .	34 263 Mitgl.	Gera . . .	29 582 Mitgl.
Cassel . . .	23 315 „	Dresden . . .	236 394 „
Barmen . . .	75 760 „		265 976 Mitgl.
	133 333 Mitgl.		Wählt 21 Delegierte.
	Wählt 11 Delegierte.	4. Wahlkreis.	
2. Wahlkreis.		Gaue:	
Gaue:		Regen . . .	55 960 Mitgl.
Augsburg . . .	49 421 Mitgl.	Berlin . . .	52 836 „
Stuttgart . . .	59 724 „		108 816 Mitgl.
	109 145 Mitgl.		Wählt 9 Delegierte.
	Wählt 9 Delegierte.		

Die Namen der Kandidaten sind bis Sonnabend, den 22. April 1922, an den Zentralvorstand einzusenden. Die Wahlen finden in allen Bezirken Sonnabend, den 20. Mai 1922, statt.

Als Wahlort ist bestimmt für den I. Wahlkreis Cassel, für den II. Wahlkreis Stuttgart, für den III. Wahlkreis Gera und für den IV. Wahlkreis Reichenbach i. Schl. Die genannten Filialen wählen sich einen Wahlvorstand und dieser bestimmt den Wahlleiter. Die Adresse des Wahlleiters ist spätestens bis zum 14. April dem Zentralvorstand zu melden.

Das Wahlreglement für die Wahlen zur Generalversammlung, welches im Statut enthalten ist, findet sinngemäße Anwendung bei der Wahl zum Gewerkschaftskongress. Der Vorstand.

Der Lenz ist da — wann wird es Sommer sein?

Der Winter hatte die Naturkräfte, die sich im Sommer ungehemmt entfalten, gebannt und zur Faust gezwungen. In dieser Faust wuchsen sie verharren, bis sie von der Frühlingssonne wieder aus ihr erlöst wurden. Das ist zum Teil schon geschehen, denn Strauch und Baum in Feld und Wald schimmern schon im Braugelb des Frühlings und verraten uns, daß die in ihnen waltenden Naturkräfte sich der Fessel der

winterlichen Erstarrung entwunden haben; bald werden sie sich ungehemmt entfalten und die Erde mit dem gewohnten farbenreichen Kleide überziehen, das für uns das Kennzeichen des Sommers ist. Und die Erde wird wieder Frucht geben für Mensch und Tier und durch das Tier wiederum für den Menschen. Schon vorher hatte der Mensch wieder Gelegenheit, sein reiches Wissen in den Dienst der Naturkräfte zu stellen und es diesen zu ermöglichen, sich noch mehr zugunsten der Menschheit zu entfalten, als es ohne das menschliche Zutun möglich wäre, und so die Menschheit, durch die Menschheit zum Teil selbst, mit einer Fülle von Gaben zu beglücken, die, bei vernünftiger Verwendung und gerechter Verteilung, allen Menschen zwar kein Himmelreich auf Erden errichten, wohl aber allen ein Leben ermöglichen könnten, das eigentliche Sorge und Not ausschließt.

Doch vernünftige Verwendung und gerechte Verteilung werden auch nach der diesjährigen Ernte, wie früher schon, ausbleiben. Die nach Erfindung rufende und um Erlösung ringende Menschheit wird weiter rufen und ringen müssen. Die riesengroße Zahl der Mühseligen und Beladenen, deren, die unter der Last von Kummer und Sorge zusammenzubrechen drohen, wird nicht geringer, sondern größer werden, weil die einen verschlemmen was die anderen erwerben und die Not des Volkes noch in allen Ländern von schamlosen Wucherern ausgebeutet und immer noch mehr verschärft wird. So verdammt die sogenannte göttliche Weltordnung Unzählige zu Hunger und zur Entbehrung alles dessen, was zu einer wirklich menschewürdigen Lebensführung heute unbedingt gehört. Und auf solche Lebensführung verzichten müssen besonders die Ehrlichsten und Fleißigsten; die Schieber und Wucherer und Spekulanten großen Stils dagegen leben in Leppigkeit und Ueberfluß, in einer Welt des Genusses, die ihnen Arbeiterfleiß, Arbeiterschweiß gebaut hat — in harter, mühseliger Fron — ja, in einer Fron, die zwar durch das Lohnsystem verdeckt wird, aber doch immer Fron bleibt, solange die Arbeit nicht geachtet wird dadurch, daß ihr Ertrag nur allen zugute kommt, die an ihr teilnehmen, nicht auch denen, die sich ihr listig entziehen, sich aber ebenso listig jetzt ihres Ertrages bemächtigen.

Und aus den Stätten der Arbeit ruft es, wie in jedem Lenz mit seinem von neuem erzeugten Freiheitssehnen, auch in diesem Lenz nach Erlösung aus den Tiefen der Armut, die doch nur vorhanden sind, weil der Arbeitsvertrag keine gerechte Verteilung findet.

Wann wird die Erlösung kommen? Oder richtiger: Wann wird sie beginnen? Solange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen weiter vollzogen wird, solange gibt es, wie schon angedeutet, keine Erlösung, keinen Frieden, kein Wohlgefallen bei der lohnarbeitenden Menschheit, gibt es kein Heil der Welt. Die Ausbeutenden selbst werden aber nichts tun, was der Ausbeutung hinderlich sein könnte. Die Erlösung, das Heil müssen sich die Ausgebeuteten selbst bringen. Sie müssen sich und die ganze Welt vom Joch der Lohnsklaverei befreien. Ihr Sieg über diese wird das Heil der Welt bedeuten. Je mehr ihre organisatorische Macht zunimmt, um so eher werden sie durchsetzen können, daß die Gemeinwirtschaft begünstigt, daß sie schrittweise fortgesetzt wird.

Nach dieser schrittweisen Fortsetzung der Uebernahme der Arbeit in Gemeinwirtschaft, der Durchführung der Arbeit zum Zweck der Befriedigung des Bedarfs der Massen — nicht zum Zweck des Erzielens von Profit für den die Arbeit Unternehmenden, Veranlassenden, wie jetzt — wird der Tag kommen, da aller Menschheit deutlich wird, die Freiheit sei der Zweck der Weltgeschichte, das Bölkerecht der ewige heilige Hort. Der Tag wird kommen, an dem die Menschheit erlöst sein wird vom Joch der Lohnsklaverei. Dann erst werden die Naturkräfte in voller Entfaltung für die ganze Menschheit zum Segen werden und wirtschaftlich und sozial wird immer Sommer sein . . .

Doch das hat anscheinend noch gute Weile; der zeitliche Sommer dürfte nicht solange auf sich warten lassen. Er wird nach dem ewigen Naturgesetz fast um dieselbe Zeit eintreten, wie es die früheren Sommer taten. Und er wird, gleich ihnen, was an der Natur liegt, soviel Frucht bringen, daß niemand Mangel zu leiden brauchte. Doch viele werden sich Entbehrungen auferlegen müssen, weil die Frucht nicht nach dem Bedarf der Völkerschaften verteilt werden, sondern aus Gründen niedriger Preispekulation, wie schon öfter, verbrannt werden wird. Noch vorher werden sich aber die Regierungen „bemühen“, ihre Völker aus dem Wirrwahl, in das der Weltkrieg sie geführt hat, herauszuführen. Dieses Bemühen, unaufrichtig wie es zum Teil ist, dürfte mißlingen, weil es, soweit die Siegerstaaten in Frage kommen, darauf berechnung ist — wenigstens kann das von Frankreich gesagt werden —, sich zu retten, ohne auch die besiegten Staaten retten zu wollen. Deren Untergang muß aber auch ihren eigenen Untergang herbeiführen. Retten sich aber die besiegten Völker, so können sie wohl ihren eigenen Untergang verhüten, müssen aber gleichzeitig Schädigungen auf sich nehmen, die das Gegenteil von dem sind, was sie bei Festsetzung des „Friedensvertrages“ im voraus schon für sich als Gewinn buchten. Sie möchten den Frieden gewinnen, wie sie den Krieg gewonnen haben, müssen aber den Frieden verlieren, wenn sie ihn den Besiegten nicht gönnen. Tun sie das aber und lassen sie den Besiegten einen wirklichen Frieden zuteil werden, so verlieren sie an dem erhofften Kriegsgewinn.

Berzichten sie aber nicht auf diesen, so werden sie also den Krieg gewonnen, aber den Frieden verloren haben und gleich den Besiegten auf der abschüssigen Bahn zum Untergange hinabgleiten).

Man kann gespannt sein, ob sie sich auf der Konferenz in Genä dieser Erkenntnis endlich zugänglich zeigen oder ob sie sich ihr weiter beharrlich verschließen werden.

Geschick das letztere, dann wird es für die gesamte Menschheit keinen kulturellen Sommer mehr geben — trotz der alljährlichen Wiederkehr des zeitlichen Sommers. Dann wird stets kulturfeindlicher Winter herrschen, und in diesem wird die Menschheit langsam aber sicher untergehen — wenn ein Teil, der erheblichere und wichtigste an ihr, die Arbeiterschaft aller Länder, jener kulturwidrigen Richtung nicht mit Macht entgegentritt.

Das wird geschehen, wenn die Arbeiterschaft erst überall erkannt haben wird, in welcher Gefahr sie mit der ganzen Menschheit sich befindet. Sie wird sich dann auch einigen,

Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit.

Das Aufblühen der Städte, die im Schutze ihrer Mauern dem Bürger bei verhältnismäßigem Wohlstand ein ruhiges Leben sichern, brachte eine tiefgreifende Umwandlung der Arbeit und ihrer Bedingungen hervor. An die Stelle der horigen Arbeiterin treten nach und nach die freien Handwerker, welche die von den Hausfrauen und ihren Mägden bisher geleisteten gewerblichen Arbeiten selbst übernehmen. Das machte die Arbeit zahlloser Frauen überflüssig, sie selbst brot- und obdachlos und führte sie dem Laster in die Arme. Die bürgerliche Welt, die wie heute auch damals Vergerneis an dem lasterhaften Treiben der ihrer Existenz beraubten Frauen nahm, wußte sich keinen anderen Rat, als aus der Not der Frauen Vorteile zu ziehen. Die Magistrate verpachteten die Häuser, in denen die sogenannten Dirnen untergebracht wurden, an gewissenlose Wirte und Wirtinnen, um mit der Schande der Frauen den Stadtsäckel zu füllen. So wurde die Prostitution zum Gewerbe. Sich auf eine ehrliche Weise durchs Leben zu schlagen wurde dem weiblichen Teil der städtischen Bevölkerung in der Tat außerordentlich erschwert. Denn des zünftigen Handwerks monopolisierte die Arbeit und schloß die Frauen von seinen Verbindungen aus. Es ergab sich aber von selbst, daß der Handwerker Frauen und Töchter, deren Arbeitskraft nicht mehr wie früher ganz vom Haushalt in Anspruch genommen war, zur Hilfe bei seiner Arbeit mit heranzog und schließlich auch die Mägde daran teilnehmen ließ. Das war durch Stadtrecht und Zunftgesetze auch als berechtigt anerkannt, wenn auch die Mitarbeit der Frauen deshalb nicht als Erziehung zur gleichberechtigten selbständigen Ausübung angesehen wurde. Denn die Zünfte blieben ihnen verschlossen. Da aber die Zahl der auf diese Weise vorgebildeten Frauen, die das Handwerk selbständig betrieben, wuchs und die Frauen durch Unterbietung der üblichen Preise zu einer gefährlichen Konkurrenz zu werden drohten, entschlossen sich die Handwerker doch, auch für die Frauen den Zunftzwang einzuführen. So wurden Näherinnen, Wollweberinnen, Schleier- und Leinenweberinnen gezwungen, einen der Zahl ihrer Stühle entsprechenden Beitrag an die Zunft zu entrichten. Die Zünfte, in gewisser Beziehung Vorläufer der Organisationen der Arbeiter, wenn auch nicht in modernem Sinne, sahen sich durch die lohnunterbietende Konkurrenz der arbeitenden Frauen gezwungen, diese in ihre Organisation aufzunehmen. Im zünftlichen Mittelalter tritt die Frau zum ersten Male als Konkurrentin des Mannes im Arbeitsprozeß auf.

Durch die Aufnahme der Frauen in die Zünfte war zwar ihre Beteiligung am zünftigen Handwerk anerkannt, doch gab es unterschiedliche Bestimmungen für beide Geschlechter. Daß die Frauen von solchen Handwerken ausgeschlossen waren, die an die Körperkräfte große Anforderungen stellten, kann man verstehen, da niemand Meister werden konnte, der das Meisterstück nicht in allen seinen

Teilen mit der Hand zu arbeiten vermochte. In der Fernhaltung der Frauen von für ihre Körperkräfte ungeeigneten Handwerken wird man vielleicht eine Art Frauenschutz erblicken dürfen. Doch wurden die Frauen auch in den eigentlichen Frauenhandwerken selten zur selbständigen Meisterschaft zugelassen. Sie konnten diese meistens nur durch Erbschaft erwerben, wenn sie das Handwerk schon zu Lebzeiten ihres Mannes betrieben hatten, und dadurch in den Stand gesetzt wurden, ihre Kinder ernähren zu können. Doch führte die Beschränkung, daß solche Frauen die Lehrlinge ihres Mannes zwar behalten, aber neue nicht annehmen durften, schon sehr bald zu einem Mangel an Hilfskräften, der die Frauen zwang, das Handwerk wieder aufzugeben. Nur ganz ausnahmsweise entschlossen sich einige Zünfte dazu, angeheilig ihrer bedrängten wirtschaftlichen Lage den Handwerkerwitwen das Recht zur Erlernung eines neuen Handwerks zuzugestehen, um es nach Erwerb der Meisterschaft ihren Kindern zu vermachen. Eine Maßnahme, die arme, kinderreiche Witwen wegen der langen Lehrzeit schon von vornherein davon ausschloß. Ihnen blieb nichts weiter übrig, als einen Gesellen zu heiraten, der dadurch sofort Meister wurde. Ein weiterer Vorteil bestand in solchem Falle darin, daß, wenn beide Eheleute desselben Handwerks Meister waren, sie die doppelte Zahl von Lehrlingen halten durften. Diese auch für Gesellen, die eine Meistertochter heirateten, geltende Bestimmung wurde oft dadurch verschärft, daß die Gewinnung der Meisterschaft davon abhängig gemacht wurde. Dem Eindringen unerwünschter Konkurrenz suchten die Zünfte dadurch vorzubeugen, daß sie die Zahl der zu haltenden Lehrlinge beschränkten, die Lehrjahre verlängerten und schließlich zum letzten Gewaltmittel, der Schließung des Handwerks schritten. Damit wurde der Egoismus gefördert, der habgier für und vor geöffnet, die Ehe zum Geschäft degradiert, in welchem die Frau nur Mittel zum Zweck war. Kam trotzdem ein freier Liebeshand zwischen Mitgliedern verschiedener Zünfte vor, so pflegte die Frau das Handwerk weiter auszuüben, welches sie als Mädchen gelernt hatte. Ein Beweis dafür, daß schon vor fünfshundert Jahren die Not die Frauen zwang mitzuverdienen, und für die Masse des Volkes das Ideal der auf den Erwerb nicht angewiesenen Hausfrau und Mutter unerreichlich blieb.

Die meisten Frauen waren in der Textilindustrie, in den Weberzünften zu finden. Vielfach wird berichtet, daß schon zu jener Zeit die Zahl der Frauen in den einzelnen Zweigen der Textilindustrie die der Männer übertraf. Es werden zünftige Leppichwirferinnen, Garnzieherinnen, Tuchschneiderinnen, Goldschlägerinnen, Wappenschilderinnen, Seidenspinnerinnen, Franzenmacherinnen, Leinenhofenmacherinnen usw. erwähnt. In einigen dieser Gewerbe konnten Frauen Meisterinnen werden; zuerst wurden nur Meistertöchter und im Hause dienende Mägde als Lehrbirnen zugelassen, nach und nach traten aber immer mehr Frauen und Mädchen in die Lehre. Sie rekrutierten sich aus der zunehmenden Menge jener Mädchen, die aus dem durch fortwährende Fehden verwüsteten Lande in die Städte getrieben wurden,

hoffend, daß sie lohnendere Beschäftigung und größere persönliche Sicherheit dort finden würden. Durch dieses große Angebot weiblicher Arbeitskräfte sanken die Gesellenlöhne, und die Handwerker, die Frauen beschäftigten, hatten im Wettbewerb mit anderen einen Vorprung. Die lohnbrückende Tendenz der Frauenarbeit tritt hier zuerst in Erscheinung. Sie steigerte den Haß der Gesellen gegen ihre weiblichen Kollegen, der mit dem zahlreichen Eintritt derselben in das Handwerk herangewachsen war. Kriege und Seuchen rafften die Männer hinweg, neben dem Zölibat der katholischen Geistlichen trug auch die Bestimmung der meisten Zünfte, daß der Geselle nicht heiraten, sondern im Hause des Meisters leben mußte, wesentlich dazu bei, daß die Zahl der alleinstehenden, auf den Erwerb ihres Lebensunterhalts selbst angewiesenen Mädchen sich vermehrte. Gesellen des Maurers-, Zimmerers- und Tuchmachergewerbes, die heiraten durften, und solche anderer Handwerker, die trotz des Verbots der Zünfte heirateten und als aus der Zunft Ausgeschlossene durch niedrige Preise gegen die Zunftmeister konkurrierten, sie alle mußten, weil ihr eigener Verdienst nur sehr gering war, auf die selbständige Erwerbsarbeit ihrer Frauen rechnen. Aus ihnen setzte sich das rasch zunehmende Proletariat des Handwerks zusammen, das den Frauen nur Hunger und übermäßige Arbeit zu bieten hatte.

Da durch die Zeitumstände sich auch ein Frauenüberschuß geltend machte, die Zünfte die Frauen ausschloßen, versuchten es einige der Zweige der Textilindustrie mit Frauenzünftigen, denen eine Zunftmeisterin vorstand. Es bestanden aber verschiedene große weibliche Genossenschaften der Spinnerinnen, Näherinnen, Sückerinnen, Garnmacherinnen und Goldspinnerinnen, die geschlossene weibliche Handwerke bildeten und Lehrlinge und Gesellen ausbildeten. Durch solche Gründungen waren aber die vielen alleinstehenden Frauen noch nicht untergebracht. Die Mäster, die schon gelernt hatten beim Eintritt Zahlung eines kleinen Kapitals zu fordern, reichten zu ihrer Unterbringung nicht aus. Die Zustucht armer Frauen und Mädchen wurden daher die überall entstehenden Begginenhäuser, die der Wohlthätigkeit der Bürger oder städtischer Initiative ihre Entstehung verdankten. Sie nahmen in dazu bestimmten Straßen oder Häusern Frauen und Mädchen auf, die zwar kein Ordensgelübde abzulegen hatten, aber doch strengen Satzungen unterworfen waren, gleiche Kleidung trugen, das Haus nur bei Tage verlassen durften und ihren Lebensunterhalt selbst erwerben mußten. Es gab keine größere Stadt, die nicht mehrere Begginenkonvente hatte. Beispielsweise gehörten im 14. Jahrhundert in Frankfurt a. M. 6 Proz. der erwachsenen weiblichen Bevölkerung den Begginenvereinen an. Das Angebot billiger weiblicher Arbeitskraft war außerordentlich groß. Die Begginen spannen und webten, nähten und wuschen, gingen in die Häuser der Bürger zur Ausschilfe, beschäftigten sich mit jeder Art weiblicher Handarbeit, konnten aber, da sie umsonst wohnten, niemanden als sich selbst zu versorgen hatten und ihre Bedürfnisse äußerst bescheiden waren, mit dem geringsten Lohn zufrieden sein.

wo sie jetzt noch zerrissen ist, wird einig werden im Ziel und in der Wahl der Mittel, die zum Ziele führen können).

So bleibt uns also zuguterletzt — wenn alle unsere sonstigen Hoffnungen, die wir nähren müssen, weil wir nicht an der Menschheit verzweifeln können — noch die Hoffnung auf die Arbeiterklasse, auf uns selbst. Sie wird, sie muß den uns bedrohenden ewigen Winter von uns abhalten, wenn keine andere Macht es kann oder mag. Und wir hoffen, sie wird es nötigenfalls bald tun und uns so der Ungewißheit über die Zukunft der Menschheit erheben, der Ungewißheit darüber, ob wir einem ewigen kulturfeindlichen Winter mit allen seinen schrecklichen Begleitererscheinungen entgegengehen, oder bald auf einen ständigen kulturfreundlichen Sommer hoffen dürfen.

Wir hoffen auf diesen. Und deshalb begrüßen wir den zeitlichen Lenz und erwarten wir den zeitlichen Sommer als Vorboten des beginnenden dauernden Kultursoomers, von dem wir hoffentlich bald werden sagen können: der Lenz war gekommen — der Sommer ist da. . . .

Die ungeheuren Scharen seiner Arbeitslosen und das Stocken seiner Ausfuhr haben es dem britischen Weltreich klar gemacht, daß der heutige Tiefstand der Welt keine eigene Industrie lahm legt; in kleinerem Maßstabe erfährt die Schweiz ähnliches. Unter all denen aber, die mittelbar von den unheilvollen Folgen von Versailles getroffen sind, steht Italien zweifellos in erster Linie: es ist der Besiegte unter den Siegern.

Heute kauft man in Italien für 7 oder 8 Lire für 100 Mark, was vor dem Kriege 124 Mt. kostete. Wie soll Italien, ohne Kohlen und ohne Eisen, mit deutschen Industriearbeiten konkurrieren? Wie soll es sich nur vom Leibe halten im eigenen Lande? Wer erhebt ihm die mitteleuropäischen Abnehmer seiner landwirtschaftlichen Produktion? Es ist allbekannt, daß Italien bei der Rohstofferteilung vergessen worden ist; seine Verbündeten haben es mit großer Aufmerksamkeit und Konsequenz bei der Verteilung übersehen. „Italien ist militärisch Sieger geblieben,“ schreibt der römische „Messaggero“ vom 10. März; „ist aber wirtschaftlich enttäuscht aus dem Kriege hervorgegangen.“

Bald aber dürfte auch Frankreich die deutsche Konkurrenz fühlbar werden. Diese ist eine Folge des niedrigen Wertstandes der Mark, und dieser die Folge der Erfüllung des „Friedensvertrages“, der einen wirtschaftlichen Frieden nicht aufkommen läßt.

Oder es tritt Angleichung der deutschen Exportpreise an die Weltmarktpreise ein. Das kann geschehen durch Erhöhung der deutschen Produktionskosten und Verminderung der ausländischen. Die deutschen Produktionskosten werden durch infolge zunehmender Teuerung erhöhte Arbeitslöhne, aber auch durch infolge Entwertung unseres Geldes steigende Kosten der Rohstoffe und durch steigende Unternehmergewinne erhöht. Dadurch verringert sich der Reallohn des deutschen Arbeiters, d. h. dieser erhält vielleicht mehr Nominallohn, mit dem er aber nur weniger kaufen kann als jetzt mit geringerem Nominallohn. Das kann aber nicht ohne Einfluß auf den Auslandsarbeiter bleiben; auch sein Reallohn wird dann herabgesetzt werden. Das soll sogar geschehen. Schrieb doch die englische Zeitschrift „Nation“ (25. Februar): „Die englische Wirtschaftspolitik trachtet, die deutschen Produktionskosten bis auf die Höhe der Weltmarktpreise hinaufzutreiben, so aber, daß gleichzeitig die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft sich verschlechtert. Sie wünscht, daß die deutsche Arbeiterschaft die bedeutenden Vorteile, die sie in den ersten Monaten nach der Revolution errungen hat, wieder einbüßt. Diese beiden Faktoren: die Verschlechterung der Lage des deutschen Arbeiters, gleichzeitig mit Erhöhung der Produktionskosten der deutschen Industrie, sollen ermöglichen, daß auch der britische Arbeiter auf das Lebensniveau des kontinentalen herabsinkt.“ Dafür sprechen ja auch die Berichte des englischen Unternehmers, die Arbeitslöhne auf der ganzen Linie herabzusetzen. Also auch in diesem Fall Benachteiligung der gesamten Arbeiterschaft, der Ausgebeuteten, Beginnigung der Ausbeutenden haben und drüben. So wird die Wirtschaftskrise auf dem Rücken des Arbeiters ausgegossen, aber nicht behoben. Selbst wenn auf diese Weise die Weltwirtschaft wieder hergestellt wird und die Arbeiterlöhne wieder etwas gemildert werden — ganz werden sie erst einem planmäßig durchgeführten Sozialismus weichen. Da die Arbeiterlöhne der Welt — bitten doch die Arbeiter überall die erdrückende Volksmehrheit — so werden auch die Volkslöhne nur durch Uebereinkünfte der Völker endgültig beseitigt werden können. Das wirksamste Mittel dazu und das nachhaltigste wird die Ablösung der kapitalistischen Produktion durch die Gemeinwirtschaft, den Sozialismus, sein.

Der „Tribuna“ in Italien wurde mit Bezug auf die Goethe-Woche geschrieben: „Wenn ein Volk, das sich von überwältigenden äußeren Kräften zermalmt fühlt, sich nicht einer haltlosen trampfhaften Verzweiflung überläßt, sondern sich in der Stunde der tiefsten Niedergeschlagenheit um die Gestalt des größten Mannes seines Stammes schart, als um das ideale Sinnbild der Unzerstörbarkeit seines Schicksals, und wenn an dieser Aueferung eines inneren Bedürfnisses Fabrikarbeiter und Unternehmer, die politischen Machthaber der Republik und die Vertreter des vergangenen Reiches, wenn Abtöge und Landarbeiter, Kriegerwitwen und Studenten, Internationalisten und Rationalisten, die Katholiken der Rheinlande und das protestantische Preußen einmütig teilnehmen, so bedeutet das, daß dieses Volk an einem apokalyptischen Wendepunkt seiner ungeheuren Not angelangt ist, vor einer Krise seines unerträglich gewordenen Daseins steht: in dem Augenblick, wo sich alle Kräfte sammeln, ehe sich die Bitterkeit Bahn bricht in einer unumkehrlichen Entscheidung, die zum Besten und zum Schlimmsten führen kann. Und dieser Masse von Millionen Menschen, die beim Herinbrechen der Katastrophe zum Tempel ihrer Gottheit und ihres Glaubens eilt und in dem gemeinsamen Unglück die verlorene Einheitlichkeit wiederfindet, wird man nicht länger mit ausweichenden Phrasen und mit diplomatischen Formeln antworten können, wenn sie fragt: wie lange noch?“

Maffio Maffi, der Korrespondent der „Tribuna“, hat deutsche Sachverständige über die deutsche Wirtschaftslage befragt und von allen die Antwort erhalten, daß das Lähmende in Deutschlands Lage vor allem aus der Unbegrenztheit der Ententeforderungen herrührt, aus der völligen Unklarheit über das, was man morgen fordern kann, so daß das schon Geleistete keinen Schritt vorwärts darstellt, keinen Anfang, keine Stufe einer, wenn auch noch so langen Leiter, sondern nur Danaidenarbeit und Sisyphusplage. Und zu dieser psychologischen Lähmung gesellt sich die materielle, die sich aus der Unmöglichkeit ergibt, Waren zu liefern, ohne Rohmaterialien kaufen zu können. — Wenn diese Einsicht nicht Gemeingut der Völker und ihrer Sachwalter wird, so wird sie es doch wohl für die gesamte Arbeiterschaft werden.

Das Reichsmietengesetz.

Dieser Aufsatz vermeidet es, in dem Kampf der Meinungen über dieses hart umfrittene Gesetz für und wider Stellung zu nehmen. Sein Gegenstand ist lediglich, die wichtigsten Bestimmungen dieses jeden einzelnen berührenden Gesetzes klar zusammenzufassen und der vielfach bestehenden Unklarheit zu steuern.

Das vom Reichstag kürzlich angenommene Reichsmietengesetz bringt eingehende Bestimmungen über die Vermietung von Wohnungen, Geschäfts-, Bureau-, Lagerräumen usw. sowie über die Höhe der bei Mietverhältnissen zu entrichtenden Miete. Es steht in den Grundzügen folgende Regelung vor:

Grundfähig kann zunächst ein Mietzins völlig frei vereinbart werden. Das Gesetz gibt jedoch dem Vermieter wie dem Mieter

das Recht, jederzeit dem anderen Teile gegenüber zu erklären, daß an Stelle der vereinbarten Miete die „gesetzliche Miete“ gelten solle. Der Vermieter hat dieses Recht auch bei laufenden, also auch bei langfristigen Verträgen. Da das Gesetz spätestens am 1. Juli 1922 in Kraft treten soll, können Vermieter und Mieter von diesem Tage ab dem andern Teile gegenüber die erwähnte Erklärung abgeben. Zu unterscheiden ist hierbei folgendes:

Ist der Mietzins vierteljährlich zu zahlen, so muß die Erklärung spätestens am dritten Werktage des Vierteljahres erfolgen; da in diesem Jahre der 2. Juli ein Sonntag ist, also spätestens am 4. Juli. Von dem ersten Tage des nächsten Vierteljahres, also von dem 1. Oktober ab, gilt sobald die gesetzliche Miete. Für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober ist noch die bisherige Miete zu zahlen. Wird der Mietzins monatlich bezahlt, so ist die Erklärung bis zum 15. des Monats abzugeben. Vom 1. des nächsten Monats ab ist sodann die gesetzliche Miete zu entrichten. Ist eine wöchentliche Miete zu zahlen, so muß spätestens am Montag der Woche die Erklärung abgegeben sein. Mit dem Beginn der nächsten Woche beginnt die gesetzliche Miete. Die Erklärung muß in schriftlicher Form abgegeben werden; es genügt ein einfacher Brief.

Für die Höhe der gesetzlichen Miete ist der Grundjah maßgebend, daß eine Steigerung nur insoweit zugelassen werden soll, als eine Erhöhung der von dem Vermieter für das Haus, vor allem für die Instandsetzungsarbeiten, aufzuwendenden Kosten erfolgt ist. Im einzelnen wird die gesetzliche Miete folgendermaßen berechnet:

Ausgegangen wird von der Miete, die am 1. Juli 1914 zu zahlen war (Friedensmiete). Ueber ihre Höhe hat der Vermieter dem Mieter Auskunft zu geben; im Streitfalle legt sie das Mieteinigungsamt fest. Von der Friedensmiete werden die in ihr für Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten enthaltenen Beträge abgezogen, und zwar soll allgemein für einen Gemeindebezirk oder einen größeren Bezirk bestimmt werden, welcher Prozentsatz der Friedensmiete abzuziehen ist. Der verbleibende Rest wird als „Grundmiete“ bezeichnet. Zu dieser Grundmiete treten Zuschläge für die Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten. Auch eine etwa eingetretene Erhöhung der Hypothekenzinsen ist zu berücksichtigen. Diese Zuschläge werden in Prozentsätzen der Grundmiete von der Gemeindebehörde festgesetzt. Steigen die Unkosten, so sind die Zuschläge zu erhöhen. Damit erhöht sich auch automatisch ohne weiteres die Miete. Der Gedanke der gleitenden Miete wird hiermit verwirklicht.

Die Instandhaltung der Häuser soll unbedingt gesichert werden. Zu diesem Zweck bringt das Gesetz eine Reihe besonders wichtiger Bestimmungen, vor allem eingehende Kontrollvorschriften. Unterschieden wird zwischen laufenden und großen Instandsetzungsarbeiten. Als große Instandsetzungsarbeiten sind anzusehen: die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umbauen des Daches, der Anstrich oder Abputz des Außenputzes, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwassererwärmung. Die oberste Landesbehörde kann auch andere Instandsetzungsarbeiten als „große“ bezeichnen.

Die übrigen Arbeiten sind laufende Instandsetzungsarbeiten. Wird eine notwendige laufende Instandsetzungsarbeit nicht ausgeführt, so kann der Mieter sich an eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle wenden, welche die Ausführung durch geeignete Anordnungen zu sichern hat. Der Vermieter hat der Mietervertretung nachzuweisen, wie er die Mittel für laufende Instandsetzungsarbeiten verwendet hat. Für große Instandsetzungsarbeiten soll regelmäßig die Zahlung eines besonderen Zuschlags zur Grundmiete angeordnet werden. Die danach von den Mietern zu zahlenden Gelder sind auf Hauskonten anzulegen, über die der Vermieter grundsätzlich nur mit Zustimmung der Mieter verfügen darf. Zugelassen wird ferner die Einrichtung eines Ausgleichsfonds, aus dem Beihilfen an wirtschaftlich schwache Vermieter für die Reparaturen ihrer Häuser gewährt werden können. Damit wird gleichzeitig auch die Befragung der besonders reparaturbedürftigen Häusern wohnenden Mieter wesentlich gemildert. Die Mittel für diesen Ausgleichsfonds sollen durch eine besondere Steuer zusammen mit der Wohnungsabgabe aufgebracht werden. Soweit Hauskonten nicht bestehen, ist von dem Mieteinigungsamt für eine Zeit Oktober 1920 ausgeführt oder eine in Zukunft notwendig werdende große Instandsetzungsarbeit für das betreffende einzelne Haus ein besonderer Zuschlag zu der Miete festzusetzen.

Bei gewerblichen Räumen kann nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes eine weitere Erhöhung der Miete eintreten. Zunächst können die allgemeinen Zuschläge für gewerbliche Räume höher festgesetzt werden als für Wohnräume. Erfordert ein gewerblich benutzter Raum besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten, so kann das Mieteinigungsamt einen weiteren Zuschlag zulassen. Schließlich kann darüber hinaus ganz allgemein für gewerbliche Räume noch ein besonderer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt werden, auch wenn dieser zur Deckung von Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten nicht mehr erforderlich ist.

Die Bildung einer Mietervertretung wird für zulässig erklärt, jedoch nicht als unbedingt notwendig vorgeschrieben. Besteht eine Mietervertretung, so werden ihre bestimmte Befugnisse zugewiesen; insbesondere hat sie neben und an Stelle des Mieters das Recht, bei Streitigkeiten über die Vornahme von laufenden Instandsetzungsarbeiten die Entscheidung der bereits erwähnten Stelle anzurufen. Bei Räumen mit Sammelheizung und Warmwassererwärmung wird ihre Mitwirkung bei der Beschaffung, Lagerung und Verwendung der Heizstoffe vorgesehen; auch kann für derartige Räume die Bildung einer Mietervertretung von der obersten Landesbehörde vorgeschrieben werden. Jeder Beteiligte soll sich ferner in Streitfällen an die Mietervertretung wenden, diese soll den Sachverhalt nach Möglichkeit klären und eine gütliche Einigung herbeiführen suchen.

Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwassererwärmung sind getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen. Die näheren Anordnungen trifft die oberste Landesbehörde.

In Fällen der Untermiete, also vor allem bei der Vermietung möblierter Räume, muß der Mietzins in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Hauptmiete stehen. Auch hier soll die oberste Landesbehörde nähere Bestimmungen erlassen.

Für Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Räume, sowie für die Räume gemeinnütziger Bauvereinigungen und Räume in öffentlichen Gebäuden gilt das Gesetz nicht.

Mit Rücksicht auf die in einzelnen Ländern bestehenden verschiedenartigen Verhältnisse ist den obersten Landesbehörden das Recht eingeräumt, die Vorschriften des Gesetzes in weitem Umfange zu ändern und den Verhältnissen des Landes anzupassen.

Das Gesetz tritt, wie bereits erwähnt, spätestens am 1. Juli d. J. in Kraft; die oberste Landesbehörde kann es früher in Kraft setzen. Es soll am 1. Juli 1926 außer Kraft treten.

Gegenüber dem bisherigen Rechtszustand bringt das Gesetz wesentliche Änderungen sowohl für den Vermieter wie für den Mieter. Für den Vermieter ist das Recht, die Miete auch bei laufenden Mietverträgen zu erhöhen, besonders wichtig; er hat ferner die Sicherheit, daß er die zur Deckung der Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten erforderlichen Mittel erhält, und daß die Miete sich automatisch der Steigerung dieser Kosten anpaßt. Um welchen Betrag sich auf Grund dieses Gesetzes die Mieten erhöhen werden, läßt sich allgemein nicht sagen. Das hängt wesentlich von der Höhe der in der einzelnen Gemeinde zu zahlenden Abgaben, Steuern usw. ab und wird daher in den einzelnen Gebieten und Gemeinden Deutschlands durchaus verschieden sein. Zu beachten ist, daß die Mieter neben der Miete noch eine besondere Wohnungsabgabe in Höhe

von 50 Proz. der Friedensmiete zu zahlen haben (Gesetz über die Wohnungsabgabe). Die auf diese Weise gewonnenen Mittel dienen lediglich zur Förderung der Neubautätigkeit.

Fünf Jahre russische Revolution.

A. S. Fünf Jahre sind es jetzt, da in den Märztagen des Jahres 1917 die rote Flamme der Revolution in Petersburg emporzüngelte und in wenigen Tagen das ganze Reich erfaßte. Fortgesetzt wurde die zarische Monarchie mit ihrem ständischen, bürokratischen Plunder, zertrümmert wurden die Machtpositionen des Hofes, des Junkertums, des hohen Klerus, und auf den Trümmern des zusammengebrochenen Zarentums erhob sich, getragen von der Welle der revolutionären Arbeiter und Soldaten, die demokratische Republik, in der die proletarischen Parteien schnell einen sehr starken Einfluß gewannen und gestützt auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte einen großen Teil der politischen Macht an sich rissen.

Die Periode, die unmittelbar nach der Märzrevolution einsetzte, war gekennzeichnet durch ein ungeheures Anwachsen der Massenbewegung in Stadt und Land und durch die Aufrollung aller jener politischen, wirtschaftlichen und nationalen Probleme, die schon von der Revolution des Jahres 1905/6 auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt worden waren. Nun traten alle diese Probleme in einem Zeitpunkt in den Vordergrund, wo die Situation durch den Weltkrieg ungeheuer erschwert und kompliziert war. Die siegreiche revolutionäre Demokratie verkündete zwar vom ersten Augenblick an der ganzen Welt ihre Bereitschaft zum sofortigen anexionstlosen Frieden, sie stieß aber im eigenen Lande auf den Widerstand der großkapitalistischen Kreise, die mit allen Mitteln das Friedenswerk sabotierten, und sie fand andererseits weder in den Mittelmächten noch in den Ententeländern jene nachhaltige Unterstützung der breitesten Volkskreise, die notwendig gewesen wäre, die Widerstände der Imperialisten und Militaristen zu brechen und die russische Revolution zum Ausgangspunkt eines allgemeinen Verständigungsfriedens zu machen. Die Friedensbotschaft der russischen Arbeiter- und Soldatenräte, der sich auch die provisorische Regierung angeschlossen war den leidenden und blutenden Volksmassen aller Länder als ein neues Evangelium, das zum ersten Male helles Licht in die blutige Wirnis Europas hineinbrachte. Aber ehe sich diese Friedensbotschaft auswirken konnte in einer revolutionären Erhebung der arbeitenden Massen Westeuropas, wurde die russische Revolution selbst zum Spielball der diplomatischen Intrigen und Treibereien der kriegführenden Mächtegruppen.

Diese Tatsache bewirkte nicht nur eine fortgesetzte Verschlechterung der außenpolitischen Stellung der russischen Revolution, sie führte nicht nur zu der unglücklichen Kerensky-Diffensine im Juli 1917, die das revolutionäre Russland auf das äußerste kompromittierte, sie schuf auch im Innern des Landes eine Situation, die die Aufbauarbeit der Revolution gefährdete und den aus der Tiefe drängenden anarchischen, chaotischen Elementen die Bahn freimachte. Je länger sich der Friedensschluß hinauszog, desto unzufriedener wurde die Arbeitermassen in den Städten, desto stürmischer wurde das Drängen nach einem „Frieden um jeden Preis“ an der Front, desto zügelloser erhob sich der Schrei nach Landzuteilung in den Dörfern des großen Reiches.

Die Märzrevolution hatte neben dem Frieden, dem Achtstundentag, der Sozialgesetzgebung, vor allen Dingen auch die Enteignung des großen Grundbesitzes und eine radikale Agrarreform zugunsten der Bauernschaft auf ihr Banner geschrieben. Alle diese grundlegenden Reformen sollten durch die Allrussische konstituierende Versammlung verwirklicht werden. Aber die Einberufung der Konstituante mußte immer wieder verschoben werden, weil die vorbereitenden Arbeiten nicht abgeschlossen werden konnten; der Frieden blieb aus, weil die auswärtigen Regierungen im Bunde mit der russischen Bourgeoisie das Friedenswerk sabotierten, und die Landzuteilung an die Bauern konnte nicht verwirklicht werden, weil die Konstituante nicht einberufen war und die Verkündigung der Landaufteilung den sofortigen Zusammenbruch der Armeen an allen Fronten bedeutet hätte. So bewegten sich die Ereignisse in einem festerhaften Kreise, aus dem kein Ausweg möglich erschien, wenn nicht endlich der eiserne Ring des Krieges, der die Revolution hemmte, durchbrochen wurde.

Der Durchbruch kam in den Novembertagen 1917, als die Bolschewisten unter der Parole „Alle Macht den Räten“ die Regierungsgewalt an sich rissen, den sofortigen Frieden dekretierten, den gesamten Grund und Boden den Bauern übergaben und an die Nationalisierung der Industrie, der Banken, des Handels usw. herangingen. Die Bolschewisten unternahmen ihren Staatsstreich, um, wie sie erklärten, die Einberufung der Konstituante sicherzustellen. Doch als diese nach wenigen Wochen zusammentrat, sich aber in ihrer großen Mehrheit nicht geneigt zeigte, die Diktatur der bolschewistischen Partei anzuerkennen, wurde das Parlament durch die bewaffnete Macht auseinandergejagt und das Exekutivkomitee der Sowjets zum Träger der obersten Regierungsgewalt erklärt. Gleichzeitig wurden alle politischen und bürgerlichen Freiheiten — Versammlungsrecht, Vereinsrecht, Pressefreiheit usw. — abgeschafft, das Parteileben unterdrückt, jede freie Organisationsmöglichkeit unterbunden, und ein staatsrechtlicher Zustand geschaffen, in dem unter dem Deckmantel der angeblich durch die Sowjetverfassung geschaffenen „Diktatur des Proletariats“ die Diktatur der kommunistischen Partei über die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung aufgerichtet wurde.

Der Machtbereich dieser Diktatur reichte aber kaum über die Grenzen der Städte hinaus. Das flache Land, die 130 Millionen russischer Bauern, waren sich selbst überlassen, führten in wilder, anarchischer Form die Agrarreform durch, indem sie den großen Grundbesitz unter sich aufteilten. Die Nationalisierungsdekrete der Sowjetregierung sanktionierten entweder nachträglich das, was die Bauernmasse in ihrem elementaren Drange bereits vollbracht hatte, oder sie blieben, wenn sie mit den Wünschen und Anschauungen der Bauern kollidierten, einfach auf dem Papier stehen. Dieses isolierte, von jeder aktiven Politik losgelöste Dasein der großen Masse der Bauernschaft setzte aber zugleich die Sowjetregierung in den Stand, gestützt auf die zentralen Verwaltungsbehörden, die Verkehrswege und die Rote Armee, gemeinsam mit den oberen Schichten der Arbeiterschaft die Regierungsgewalt auszuüben und ihre Machtpositionen zu befestigen.

Der Widerspruch zwischen den Bestrebungen der kommunistischen Sowjetregierung und den privatwirtschaftlich eingestellten Millionen der Bauernschaft, der neuerdings durch die Proklamierung der „neuen Wirtschaftspolitik“ aus der Welt geschafft werden soll, wäre sicherlich viel früher in die Erscheinung getreten und hätte zu einem Zusammenbruch der bolschewistischen Herrschaft geführt, wenn nicht die Interventionspolitik der Entente und die Aufstände der Weißgardisten unter Führung Denikins, Koltshaks, Wrangels usw. die Massen der Bauernschaft zu treuen, opfermutigen Verbündeten der Sowjetregierung gemacht hätten. Angesichts der Gefahr der Wiederherstellung der Junkerherrschaft zogen die Bauern es vor, sich die Herrschaft der Sowjets gefallen zu lassen, machte diese Herrschaft auch mit Zwangsexquisitionen, Refrutenaushebungen usw. verbunden sein. Und gegenüber der Gefahr der Zerstückelung Russlands durch eine ausländische Intervention schlossen sich nicht nur die Bauern, sondern auch zahlreiche bürgerliche Elemente der Sowjetregierung und der Roten Armee an, weil sie in ihnen die einzigen Repräsentanten einer zentralen Macht und eines ungeteilten Russlands erblickten.

Erst die Einstellung der Interventionspolitik und der Abschluß des Friedens an allen Fronten hat die inneren Widersprüche und Gegensätze des sowjetrussischen Regimes zum Durchbruch gebracht. Von dieser Zeit an datiert auch die Rückwärtsentwicklung des bolschewistischen Programms, der Abbau aller jener Maßnahmen und Einrichtungen, die unter Verkleinerung der weltrevolutionären Entwicklung in abenteuerlicher Weise geschaffen

worden waren. Mehr und mehr sahen sich die bolschewistischen Machthaber genötigt, jene Wege des ökonomischen Aufbaues und der internationalen Politik zu beschreiten, die ihnen schon seit Jahren von den verfeindeten und verfolgten „Menschewisten“ gewiesen worden sind. Mehr und mehr sehen sie sich genötigt, von ihren Experimenten Abstand zu nehmen und den Forderungen der Bauernmassen und der immer stärker hervortretenden kapitalistischen Schichten Rechnung zu tragen, um einen Ausweg aus dem furchtbaren Verfall der Produktivkräfte Russlands zu finden und durch Wiedereingliederung des russischen Reichs in die Weltwirtschaft eine Grundlage für seine Existenz zu schaffen.

Der fünfte Jahrestag der Revolution (12. März) fand Rußland in einer Verfassung, die auch nicht im entferntesten den Idealen und Wünschen jener Männer und Frauen entspricht, die seit Jahrzehnten für die Revolution gekämpft und geblutet haben. Formell herrscht zwar eine „proletarische Regierung“, aber diese Regierung ist losgelöst von den Massen des bezimierten, hungernden, ausgebeuteten Proletariats und herrscht nach Methoden, die eher denen des zarischen Rußlands als denen der proletarischen Demokratie entsprechen. Das Wirtschaftsleben des Landes liegt schwer daneben, die Finanzen sind ruiniert, die Ernährungs- und Verpflegungverhältnisse sind äußerst schwierig und durch die ungeheure Hungersnotkatastrophe auf das äußerste bedroht. Und doch ist das Fazit der fünf Jahre russischer Revolution ein Plus für die Gesamtbewegung des Proletariats. In anderer geschichtlicher Umgebung hat sich in kurzer Spanne weniger Jahre ein ähnlicher Prozeß vollzogen wie in der großen französischen Revolution. Die Fesseln des feudalen Grundbesitzes sind endgültig vernichtet, der Grund und Boden ist in den Besitz der Bauernmassen übergegangen, die Ueberbleibsel der Zarenherrschaft sind beseitigt, der Einfluß der Kirche ist auf ein Minimum reduziert, die politische Macht der großen Bourgeoisie ist gebrochen. Das sind die politischen und wirtschaftlichen Aktionsposten der Revolution. Darüber hinaus konnte sie nicht gelangen, weil die ökonomischen Vorbedingungen für eine weitergehende Entwicklung in Rußland noch nicht gegeben sind. Die kommunistische Illusion, daß man diese Entwicklung mit Gewalt beschleunigen könnte und daß die Ausübung der politischen Macht durch eine proletarische Partei genüge, um den Kommunismus zu verwirklichen, hat vom russischen Proletariat zahlreiche Opfer gefordert, ohne seine allgemeine Lage wesentlich gebessert zu haben. Die russische Arbeiterklasse steht im Gegenteil geschwächt, zersplittert und enttäuscht den neuerstehenden Mächten des Kapitalismus gegenüber. Und nur eine neue Welle intensiver Organisationsarbeit, nur die Erämpfung der elementarsten Vorbedingungen der politischen Freiheit und der Demokratie wird die russische Arbeiterklasse in den Stand setzen, auf dem Boden der großen allgemeinen Erregungen der russischen Revolution, auf dem Boden der sich erst jetzt konstituierenden Bauerndemokratie des Ostens die Vorbedingungen zu schaffen für die Verwirklichung des Sozialismus.

Zum „Streik gegen den technischen Fortschritt“.

Man schreibt uns aus Scherereisen:
 In Nr. 9 des „Textilarbeiter“ vom 5. März wurde ein Artikel veröffentlicht: „Streik gegen den technischen Fortschritt“, der gegen die Streifenfabrik gerichtet ist und ein falsches Bild von der Sache entrollt. Der Artikel ist von einem Uneingeweihten geschrieben worden.
 Im Krefelder Bezirk, zu dem auch Lobberich gehört, ist das Zweifachweberstehende seit Jahren nicht mehr in Anwendung, d. h. für Samtartikel. Arbeitgeber haben selbst Stellung gegen dieses System genommen. Das hier in Lobberich in Frage stehende Gewebe: Duveline oder Affenhaut fällt zweifachweber zu den Samtarten. Gewebe wird es als Stoff. Nach Bearbeitung mittels Raummaschinen bekommt die Ware aber einen Samtcharakter. Sie wird geflochten nach Furlage, und es entstehen im großen und ganzen dieselben Scherfehler wie bei Samt. Im vergangenen Sommer, in der Hochkonjunktur, ist die Ware immer mit einem Schneidzeug fertiggestellt worden. Nachdem nun letzten Winter viel mit Ueberstunden gearbeitet worden ist (zuerst 24, dann 8) sollten, als die Schererei wieder die erste Woche voll arbeiten sollte, schon am ersten Tage Maschinen mit zwei Schneidzeugen bedient werden, obwohl die Ware bequem in der alten Weise, mit einem Schneidzeug, hätte fertiggestellt werden können. Das ist auch geschehen. Das war der erste Auftakt der neuen Firma. Man wollte den Arbeitern, welche diese Maschinen bedienten, etwas mehr Lohn geben. Es sollte also wieder ein Klassensystem, das so lange Jahre schon bekämpft worden ist, eingeführt werden. Doch die „gewerkschaftlich ungeschulften“ Lobbericher Scherer waren so geschult, daß sie dieses Ansinnen glatt ablehnten. Nach mehrmaligem ergebnislosen Vorstellwerden bei der Firma traten die Scherer dann in den Ausstand. Denn jeder Scherer nimmt den Standpunkt ein, daß „Affenhaut“ Samt ist und somit auch nicht mit zwei Schneidzeugen geflochten werden darf. Nachdem nun 5 1/2 Tage gestreikt worden war (nicht 14 Tage, wie es in dem Artikel heißt), wurde die Arbeit am 18. Februar wieder aufgenommen unter folgenden Bedingungen: „Es wird mit einem Schneidzeug weitergearbeitet und die Sache einer Kommission zur Entscheidung übergeben. Dieser Lage hat nun die Kommission getaucht; sie ist zu keiner Entscheidung gekommen. Die Sache ist nun dem Schlichtungsausschuß übergeben worden. Bei der Tagung der Kommission wurde den Verbandsvertretern von Arbeitgeberseite sofort der Artikel aus Nr. 9 des „Textilarbeiter“ vorgelegt. Daß der Artikel bei den Scherern böses Blut geschaffen hat, darauf brauche ich wohl nicht weiter hinzuweisen. Man fand allerdings schöne Rosenamen für den Herrn Artikelschreiber. Er möchte sich den Lobbericher Scherern mal vorstellen, damit diese den Herrn mal kennen lernen; vielleicht wird er dann, für spätere Zeiten, eines Besseren belehrt.

Wir müssen zu dieser Auslassung bemerken, daß der fragliche Artikel uns von einem Angestellten unseres Verbandes zugestellt worden ist, der gewiß auch dem Verfasser der Erwiderung bekannt ist. Wir mußten voraussetzen, daß seine Angaben den Tatsachen voll entsprächen. Der Artikel ist auch durch die vorstehenden Auslassungen nicht widerlegt worden; wenigstens ist darin nicht behauptet worden, daß „Affenhaut“ mittels Maschinen mit zwei Schneidzeugen nicht geflochten werden könnte. Anders mag es damit sein, ob es wirtschaftlich vorteilhaft ist, sich solcher Maschinen zu bedienen. Wenn wir die Entgegnung recht verstehen, ist das nicht der Fall. Der Verfasser des Artikels schien aber an der er Ansicht zu sein, und wir selber konnten darüber kein sicheres Urteil fällen. D. R.

Vorwärts, Posamentierer, nicht rückwärts!

Unter der Ueberschrift: „Ein Gegner des Tarifgedankens“ äußerte sich in der Nr. 10 des „Textilarbeiter“ ein Frankfurter Kollege zu dem in der „Verbandszeitung“ der deutschen Posamentenindustrie stehenden Artikel: „Rückwärts, Don Rodrigo, rückwärts“ des Herrn Kurt Schreiber, Dresden. Auf diesen Artikel kann man nur eingehen, wenn man belehrend wirken will. Herr Schreiber muß sich, wenn er sich in abfälliger Weise über den Staat, der die Notensprengung Tag und Nacht arbeiten läßt, bei den Machthabern der Vorkriegszeit bedanken. Dann werden die Tarife, die beim Posamentierhandwerk nun auch zur Methode geworden sind, einer kritischen Betrachtung unterworfen. Die Ueßerungen hierüber sind nicht die Ansicht des Herrn Schreiber allein, sondern die fast aller Arbeitgeber unserer Branche. Also „Tarife sind Unbünde, die in lächerlichster Weise die Lebensfürsorge entziehen“. Wird nicht die Arbeitskraft entlohnt? Tarife setzen Mindestlöhne fest, meint Herr Schreiber. Da haben wir es ja! Weshalb also Tarifgegner? Geben Sie doch dem „in-

telligenten, vielseitigen und tüchtigen Gehilfen“ etwas mehr als den tariflich festgelegten Stundenlohn. Die Leipziger Arbeiter sind bei unserer letzten Tarifverhandlung auf dieses ihnen ja freistehende Mittel aufmerksam gemacht. Ueber den „Mindestlohn“ hinaus sind aber die „Intelligenten“ nicht entlohnt worden. Die Gehilfen sind dann qualitativ auf einmal alle gleich. Oder doch nicht? Und ist es nicht andermwärts genau so? Der Posamentierergehilfe soll nun einmal am liebsten in keinem tariflichen Verhältnis stehen. Der „intelligenteste“ soll um mehrere Mark weniger die Stunde arbeiten als jeder andere Berufsangehörige. Wie würde dann erst der sogenannten „Unvollkommene“ entlohnt! Wenn im Herzen des Herrn Schreiber dieser schöne Wunsch keinen Raum hätte, wäre er auch kein Tarifgegner. Auf die Höhe des Stundenlohnes, ob 8 oder 16 Mk., meint er dann weiter, komme es auch nicht an. Aber, verehrter Herr Schreiber, in ganz Dresden hat der „Intelligenteste“ noch lange keine 16 Mk. — Da aller guten Dinge drei sind, muß auch noch der Sozialismus herhalten. Er schaffe die Tarife, die womöglich den „faulen vor dem fleißigen Arbeiter schützen“. In unserem Handwerk werden wohl schwerlich „faule“ beschäftigt werden. Es wird sich wohl auch mancher tariflich entlohnte Beamte und Angestellte verbiten, unter Sozialisten gerechnet zu werden.

Auf die Frage des Frankfurter Kollegen: „Was fehlt dem Posamentierer?“ möchte ich mit der treffendsten Antwort dienen: ihm fehlt vor allem eine feine wirkliche Intelligenz erfordernden Berufe würdige und bei bescheidenen Ansprüchen ausreichende Entlohnung. Um diese zu erreichen, ist notwendig, daß sich die Branchenleiter aus verschiedenen Großstädten mindestens monatlich verständigen. Man muß Tarifabschlüsse, Absichten und Maßnahmen mitteilen und in Branchenversammlungen bekanntgeben. Kurzum: Was geht in anderen Städten vor? Und dann Sorge die Kollegenschaft dafür, daß sie nicht schlechter entlohnt wird als andere Handwerker, denn „wir sind doch ein Kunsthandwerk“. Also vorwärts, Posamentierer, verständigen wir uns!
 R. Tschampel, Leipzig.

Berichtigung.

Konnen statt Namen muß es in voriger Nummer unter dem Strich im 2. Absatz Seite 40 heißen.

Aus den Gewerkschaften.

Zusammenfassung der englischen Gewerkschaften zur Abwehr des Angriffs gegen den Achtstundentag.

(GB.) Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff (September 1921) hatte die Aufgaben des Generalrates der englischen Gewerkschaften (General Council) in folgenden Bestimmungen näher umschrieben: „Der Generalrat soll alle industriellen Entwicklungen verfolgen und, wo es möglich ist, die industriellen Aktionen der Arbeiter vereinheitlichen.“

Er soll für gemeinsame Aktionen der Gewerkschaftsbewegung in allgemeinen Fragen wie dem Problem der Löhne und der Arbeitszeit eintreten, ferner in allen Fragen allgemeiner Natur, die sich in den Beziehungen zwischen den einzelnen Gewerkschaften, zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie der Gewerkschaftsbewegung und der Regierung stellen können. Er soll das Recht haben, jeder Union beizustehen, die wegen irgendeiner wichtigen, die gewerkschaftlichen Prinzipien betreffenden Frage angegriffen wird.

In Uebereinstimmung mit diesen ihm zugewiesenen Aufgaben hat der Generalrat beschlossen,

„mit den Verbänden über eine auf nationaler Grundlage einzuleitende Aktion zu beraten, durch welche den Arbeitgebern in ihren jetzigen Bestrebungen zur Verlängerung des Arbeitstages oder der Arbeitswoche Widerstand geleistet werden soll.“

Der Generalrat will sich bei keiner Industrie in den üblichen Gang der Verhandlungen einmischen und würde es vorziehen, wenn die Initiative für seine im Namen der Gewerkschaftsbewegung vorzunehmende Intervention von den verantwortlichen unterhandelnden Instanzen der in Frage kommenden Industrie ausginge. Der Generalrat ist sich jedoch darüber klar, daß er den ihm vom Gewerkschaftskongreß übertragenen Pflichten nicht nachkäme, wenn er in dieser kritischen Periode der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nicht als eine verantwortliche nationale Körperschaft handeln würde. Die angeschlossenen Organisationen werden deshalb erlucht, dieser wichtigen Frage sofort ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Im Zusammenhang damit schlägt der Generalrat vor, folgende Punkte in Erwägung zu ziehen:

1. Aktion des Generalrates zur Verteidigung angeschlossener Körperschaften.

Benachrichtigung über Konflikte.

Die Berücksichtigung folgender Punkte ist nötig, damit der Generalrat den erwähnten Bestimmungen des Kongresses nachkommen kann und genau über den Stand der Dinge in den verschiedenen Industrien unterrichtet ist:

- a) Die angeschlossenen Verbände müssen den Generalrat vom Ausbruch von Konflikten sofort in Kenntnis setzen und ihn über den Verlauf der Verhandlungen in jedem Stadium auf dem laufenden halten, damit der Generalrat genau über die Tatsachen des Konfliktes unterrichtet und so nach Beratungslage mit dem Verband in der Lage ist, den Beistand zu leisten, den die Umstände nötig machen können.
- b) Der Generalrat soll mit den Vertretern des in Frage kommenden Verbandes oder der Verbände in jedem Stadium eines Konfliktes beratschlagen.

2. Die Frage der finanziellen Unterstützungs-Verteidigungsfonds. Es soll die Frage in Erwägung gezogen werden, ob der Generalrat zu ermächtigt ist, falls nötig, von den Mitgliedern der Verbände einen Beitrag zu erheben, um einen angeschlossenen Verband oder angeschlossene Verbände in der Abwehr eines Angriffs auf nationale Lohnsätze, die für die ganze Bewegung von Wichtigkeit sind, zu unterstützen. Der so gebildete Fonds soll vom Generalrat der Gewerkschaftszentrale kontrolliert werden.

Wir sind uns vollständig des Umstandes bewußt, daß diese wichtige Frage den Verbänden in der Zeit einer akuten Depression unterbreitet wird. Doch die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind an sich ein Beweis für die Notwendigkeit der Berücksichtigung der dargelegten Prinzipien. Es liegt auf der Hand, daß sich die Arbeiterklasse in der Bekämpfung der noch nicht dagewesenen Schwierigkeiten der letzten 12 Monate in einer unendlich günstigeren Lage befunden hätte, wenn man die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens schon vor einigen Jahren eingesehen hätte.

Der Generalrat übersteht auch angesichts der stark verminderten Fonds der Gewerkschaften und der Lage auf dem Arbeitsmarkt in den wichtigsten Industrien keineswegs die finanziellen Bedenken gegen diesen Plan.

„Es wäre unflüg, die Prinzipien des Planes wegen der gegenwärtigen Schwierigkeiten abzulehnen. Wir sind der Ansicht, daß wir auf alles vorbereitet sein sollten. Wir dürfen uns nicht, wie in der Vergangenheit, mit dem Versuch begnügen, industriellen Konflikten mit einer während einer Krise rasch improvisierten Maschinerie abzuwehren. Eine Politik nationaler Zusammenarbeit ist unbedingt notwendig, um unserer Bewegung Erfolg zu sichern.“

Wir sehen in diesem Plan die Schaffung eines Apparates vor, der die ganze Gewerkschaftsbewegung in die Lage versetzen soll, jedem allgemeinen und großangelegten Versuch der Arbeitgeber, den Arbeitern schlechte Arbeitsbedingungen aufzuerlegen, wirksam zu begegnen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften können in dieser Zeit nur aufrechterhalten werden, wenn die gesamten Kräfte und Hilfsquellen der Gewerkschaftsbewegung mobilisiert und eingesetzt werden.“

Der Generalrat hat in einer Rundgebung an die Beamten und Vorstände der angeschlossenen Gewerkschaften diese Punkte aus-

einandergesetzt und erwartete bis zum 24. März 1922 die Rückführung der Gewerkschaften. (British Trade Union News Vol. III, Nr. 7.)

Verbandstag der Lithographen.

Der Vorstand des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe beruft seinen nächsten ordentlichen Verbandstag für Sonntag, den 30. Juli 1922 und folgende Tage mit folgender provisorischer Tagesordnung nach Nürnberg ein: 1. Geschäftliche Angelegenheiten; 2. Geschäftsberichte; 3. Graphischer Einheitsverband; 4. Beitragsfrage und Unterstützungseinrichtungen und sonstige Anträge zum Statut; 5. die Tarifpolitik des Verbandes (geschlossene Sitzung); 6. die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften; 7. Erledigung allgemeiner Anträge; 8. Wahlen. Anträge zum Verbandstag sind bis zum 20. Mai 1922 in zwei Ausfertigungen an den Verbandsvorstand einzureichen.

Aus der Textilindustrie.

Auftragsperre in der Seidenfärberei. Der Verband der Seidenfärbereien (Sich Krefeld) gibt seinen Mitgliedern bekannt, daß der Verband genötigt ist, für Färbungen für Stoff und Band, Kunstseide und Samt eine „Auftragsperre“ eintreten zu lassen, und zwar derart, daß die Mitglieder des Verbandes einstweilen nur solche Farbaufträge in Strangfärbungen von Seide und Chappe sowie Kunstseide übernehmen dürfen, für die nachweisbar Farbaufgabe und Rohstoff spätestens am 11. März an die betr. Färberei zum Versand gebracht worden ist. Der Verband sei zu dieser Maßnahme gezwungen, weil durch die neuerlichen Erhöhungen der Arbeitslöhne, das Steigen der Kohlenpreise und der Preise wichtiger Rohstoffe die Herstellungskosten in den Färbereien wesentlich erhöht werden und die bisherigen Farbpreise nicht mehr aufrechterhalten werden können. Der Verband werde in Kürze weitere Mitteilungen folgen lassen, damit durch die gezwungenermaßen verhängte Auftragsperre keine Unguturlichkeiten für die Auftraggeber der Mitglieder entstehen. — Zu gleicher Zeit gibt der Verband der Baumwoll-Färber (Sich Krefeld) unter dem 11. d. M. seinen Mitgliedern bekannt, daß mit Wirkung vom 13. d. M. ab ein Feuerungsaufschlag von 1250 Proz. berechnet werden muß, statt wie bisher 1000 Prozent. Zu den bestehenden Preisen dürfen die Mitglieder des Baumwoll-Färber-Verbandes nur noch diejenigen Farbaufträge ausführen, für die nachweisbar Farbaufgabe und Rohstoff spätestens am 12. März durch Boten, Bahn oder Post an die Färberei zum Versand gebracht worden sind.

Vom niederrheinischen Seidenmarkt. Die weitere Verschlechterung der deutschen Markt ist, nach der „Börsezeitg.“, insofern dem niederrheinischen Seidenmarkt zugute gekommen, als sich sowohl seitens des Inlandes als auch des Auslandes wieder stärkere Nachfrage nach den Erzeugnissen des Marktes bemerkbar macht. Die Fabriken sind allerdings teilweise so weit, daß sie den größten Teil der alten Aufträge jetzt aufgearbeitet haben, so daß sie in weit größerem Umfang, als das bisher der Fall war, neue Aufträge entgegennehmen können. Nur für einzelne Spezialartikel sind noch erhebliche Posten abzurufen. Was die Rohstoffversorgung anlangt, so ist fast keine Fabrik für längere Zeit eingedeckt, da man es angesichts der schwankenden Preise in Mailand vorzieht, nur diejenigen Posten zu erwerben, die für die Erledigung vorhandener Aufträge notwendig sind. Trotz der Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Rohseidenpreise sieht man der Zukunft mit einer gewissen Zuversicht entgegen, da man überzeugt ist, daß die Nachfrage nach den Erzeugnissen der niederrheinischen Seidenindustrie anhalten wird, so daß es nicht schwer sein wird, diejenigen Preise zu erhalten, welche dem jeweiligen Stande der Rohseide und der sonstigen Kosten entsprechen.

Vom Gladbacher Textilmarkt berichtet die „Ziff. Ztg.“, daß im Bezirk die Preise neuerdings weiter gegen sie seien. Die lebhafteste Nachfrage der letzten Zeit habe angehalten.

Die Bremer Wollkammer. Die mit einem glänzenden Jahresabschluss aufwartet (30 Proz. Dividende, der Reingewinn ist sechsmal so hoch wie im Vorjahr), macht in ihrem Rechenschaftsbericht diese Mitteilung: In der zweiten Jahreshälfte trat erhöhte Nachfrage besonders für feinere Wollen ein, die Preise für Merinowollen stiegen um 20 bis 30 Proz., für Kreuzzuchten um 10 bis 15 Proz. und zeigten dauernde Festigkeit. Obgleich das Geschäft durch die fortwährenden Währungsschwankungen und im Herbst durch den plötzlichen Sturz der Markt außerordentlich erschwert wurde, ließen die Preise für Kammzeug dem Zugmacher doch einen angemessenen Nutzen, wodurch uns große Lohnzuweisungen zuflossen. Wir konnten infolgedessen bereits Mitte des Jahres eine zweite Schicht und von November ab in der Kreuzzuchtabteilung eine dritte Schicht einlegen. Auf diese Weise gelang es uns, die Erzeugung auf die durchschnittliche Höhe der Vorkriegszeit zu steigern und ein befriedigendes Ergebnis des Kammereibetriebes zu erzielen; in der neu in Betrieb genommenen Tuchwollwäscherei haben wir nach und nach in drei Schichten arbeiten lassen. Ueber die Entwicklung des kommenden Geschäftsjahres läßt sich nichts Sicheres voraussagen. Die Auslagen für unsere Beschäftigung hingegen sind günstig.

Eine Konvention der tschechisch-slowakischen Baumwollindustriellen wurde abgeschlossen.

Das Eindringen der französischen Baumwollindustrie in das österreichische Absatzgebiet macht weitere Fortschritte, indem in Wien eine Zentralstelle der „Industrie cotonniere“ (Paris) errichtet wurde, die wohl selbstverständlich ihre Tätigkeit von Wien aus auch auf den Balkan ausdehnen wird.

Zulassung Oesterreichs zu dem Internationalen Baumwollkongreß? Es verlautet, daß österreichische Delegierte zu dem Internationalen Baumwollkongreß zugelassen werden sollen. Bezüglich Deutschlands ist in dieser Hinsicht Näheres nicht bekannt.

Unterkommission für Textilien auf der Konferenz zu Genua. Wie „Das Wollarchiv“, Berlin, schreibt, hat das „Comité National Français“ der Zentralkommission für die Genueser Konferenz eine Liste der Persönlichkeiten unterbreitet, die eine Unterkommission für Textilwaren bilden sollen, um die Interessen der französischen Textilindustrie wahrzunehmen. Diese Unterkommission umfaßt die Gruppe Wolle, Baumwolle, Seide, Leinen, Jute und Hanf. Der Vizepräsident der „Association Française des Fabricants de tissus“ und der Vorsitzende der französischen Handelskammer Elbeuf werden seitens der Gruppe Wolle dieser Kommission angehören.

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Neuseeland und Deutschland. Wie das „Wollarchiv“, Berlin, weiter mitteilt, wird nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs in Neuseeland auch der Handelsverkehr mit Deutschland wieder aufgenommen. Der neue Tarif wird allerdings die Einfuhr deutscher Erzeugnisse sehr erschweren, aber verschiedene deutsche Firmen stehen bereits seit längerer Zeit in brieflichem Verkehr mit neuseeländischen Importeuren. (Die vor dem Kriege dort ansässigen deutschen Firmen wurden sämtlich liquidiert.)

60prozentiger Preisaufschlag der Mächener Färbereien. Die Vereinigung der Färbereibesitzer von Mächen und Umgebung fordert durch Rundschreiben vom 5. März 1921 mit Wirkung ab 15. März einen Feuerungszuschlag von 60 Proz. auf die Oktober-Grundpreislifte 1921.

Brand. In der Nacht vom 22. März, nach 11 Uhr, brannte die Flachsaufbereitungsanstalt Juliusburg bis auf die Umfassungsmauern nieder. Sämtliche Schwingstände, Knid- und Schüttelmaschinen sind verbrannt. Versandfertiges sowie noch zur Bearbeitung bereitstehendes Material ist mit verbrannt. Erhalten blieb nur das Kessel- und Maschinenhaus und das Gebäude, wo die Röstbassins untergebracht sind. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. Rund 80 Arbeiter sind durch diesen Brand brotlos geworden. Es ist erwünscht, daß die Stadt Juliusburg auf Grund der staatlichen Erwerbslosenfürsorge sofort den Betreffenden Unterstützung gewährt.

Soziale Rundschau.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei.

Die tschechoslowakische Republik zählt, wie aus einem Berichte des Ministeriums für soziale Fürsorge hervorgeht, bei einer Bevölkerung von 13 1/2 Millionen Seelen rund 2 1/2 Millionen industrielle und 3 Millionen landwirtschaftliche Arbeiter.

Auch in diesem Lande war die Arbeitslosigkeit sehr groß. Noch im Jahre 1919 bezogen 267 000 Personen Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln. Bis Februar 1921 ging diese Zahl schon auf 47 328 zurück und im November des gleichen Jahres auf 12 000, doch werden weitere 10 000 Arbeitslose von einzelnen Betrieben direkt unterstützt. Am 15. Dezember bezogen 16 000 Arbeitslose, darunter 3000 Frauen, Unterstützung.

Den raschen Rückgang der Arbeitslosigkeit schreibt die Regierung der Wirkung einer Reihe von Maßnahmen zu, von denen sie besonders erwähnt:

1. Schrittweise Demobilisierung, Fortführung der Heeresbetriebe, Vergebung großer Aufträge für die Bedürfnisse der Armee, der Eisenbahnen usw.
2. Ausführung dringender und im allgemeinen Interesse liegender öffentlicher Arbeiten.
3. Förderung von Wiederaufbauarbeiten.
4. Vermittlung von Arbeitslosen ins Ausland, wie durch die mit Frankreich und Oesterreich abgeschlossenen Verträge. Durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und mit Zustimmung der interessierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wurden schon 3000 Arbeiter nach Frankreich geschickt, wo sie im letzten Jahre rund 3 Millionen tschechische Kronen erspart haben dürften. Eine erhebliche Anzahl von Landarbeitern ist in Deutschland unter zufriedenstellenden Verhältnissen tätig. Dagegen wurde energisch und mit Erfolg gegen Versuche eingeschritten, Spezialarbeiter zur Auswanderung zu bewegen, mit deren Hilfe eine Verpflanzung gewisser Gewerbebezweige geplant war.
5. Maßnahmen zur Stabilisierung der Löhne und zur Beilegung gewerblicher Streitigkeiten.

Zur Unterstützung der Arbeitslosen wurden aus staatlichen Mitteln 1919 insgesamt 346 1/2 Millionen, 1920 nur noch 85 1/2 Millionen und 1921 noch 62 Millionen Kronen ausgegeben. Seit Beginn d. J. erfolgt die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung nur noch durch die Gewerkschaften, die für diesen Zweck staatliche Beihilfen erhalten.

Vom Institut für Sozialreform in Spanien.

Das spanische Institut für Sozialreform wurde durch Erlass vom 14. Oktober 1919 umgewandelt. Es wird jetzt von einer Vertreterversammlung geleitet, der 98 Mitglieder angehören. Davon sind 18 durch den Erlass bestimmt, 2 werden vom Abgeordnetenhause entsandt, 2 vom Senat, 12 durch gesetzlich anerkannte soziale Organisationen verschiedener Art und je 32 durch die Arbeitgeber- und Arbeitergruppen. Eine Hauptversammlung muß mindestens zweimal im Jahre, eine Sitzung der Leitung alle 14 Tage oder, auf Erfordern des Vorsitzenden, noch öfter zusammentreten. Im Jahre 1921 beschäftigte sich das Institut u. a. mit folgenden Fragen: Beschlüsse der Genuefer Arbeitskonferenz, Fragebogen des Internationalen Arbeitsamts für die 3. Arbeitskonferenz, Ersuchen des Angestelltenverbandes um Unterstützung gegen die Unternehmerversuche, die Durchführung des Achtstundentages zu verhindern, Wohnungsfragen, Achtstundentag der Eisenbahner, der neue Entwurf eines Arbeitsvertrages, des Achtstundentagesgesetz so abzuändern, daß durch Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern auch eine längere Arbeitszeit ermöglicht werde.

Am die Durchführung der Genuefer Beschlüsse in Spanien.

Am 19. Dezember 1921 legte der Arbeitsminister dem Senat einen Gesetzentwurf vor, durch den die Regierung ermächtigt werden soll, den nachfolgenden Vereinbarungen, welche die 2. oder Genuefer Internationale Arbeitskonferenz entworfen hat, beizutreten: Beteiligte Zulassungsalter der Kinder zu semamäntlicher Beschäftigung, Entschädigung bei durch Schiffsunglück entstandener Arbeitslosigkeit sowie Arbeitsvermittlung für Seeleute. Auch die in Genua beschlossene Empfehlung betreffs Arbeitslosenversicherung für Seeleute soll durchgeführt werden.

Abrüstung und Arbeitslosigkeit in Japan.

Die Beschlüsse der Washingtoner Abrüstungskonferenz haben in gewissen Industriefreien Japans lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen. Man schätzt, daß von den 90 000 Offizieren und Mannschaften der Kriegsstärke 30 000 entlassen werden müssen, wenn die genannten Beschlüsse verwirklicht werden. Die neun bestehenden privaten Werften, die in der Hauptsache Kriegsschiffe herstellen, beschäftigen zurzeit 96 500 Arbeiter, während die staatlichen Werften insgesamt 61 000 Arbeiter zählen. Auch von diesen dürften 30 bis 40 v. H. überflüssig werden, wenn der Bau großer Schiffe, wie vorgeschlagen, eingeschränkt werden soll. Dazu kämen noch die Folgen einer etwaigen Einschränkung des Baues sonstiger Schiffarten. Auch die Arbeiter beschäftigen sich mit der sie bedrohenden Arbeitslosigkeit. Die direkt interessierten Gewerkschaften bereiten besondere Konferenzen vor, um dazu Stellung zu nehmen. Die Regierung ernannte einen interministeriellen Ausschuss zur Beratung der Frage, während eine größere sozialpolitische Organisation sich bemüht, die in Europa, besonders bei Krupp, angewandten Mittel zur Umstellung der Kriegsin-Friedensindustrie zu studieren.

Angestelltenschutz im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung.

Durch die Geldentwertung sind die im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung enthaltenen Schutzbestimmungen betreffend Kündigung und Wettbewerbsverbot gegenstandslos geworden, weil die vorgezeichneten Gehaltsgrenzen überholt sind. Der Zentralverband der Angestellten hat dem Reichsjustizministerium Abänderungsvorschläge unterbreitet. Gleichzeitig wurde die Reichsregierung aufgefordert, in beschleunigter Weise den wiederholt angeforderten Gesetzentwurf über ein einheitliches Arbeitsvertragsrecht herauszubringen, damit nicht dauernd Gesetzesänderungen notwendig sind.

Kriegsteilnehmer sichern die Antworthaft auf die Invalidenversicherung!

Den Kriegsteilnehmern wird die Dienstzeit auf die Beitragsleistung in der Invalidenversicherung nur dann angerechnet, wenn sie sich die Invalidenversicherung auf ihrer Quittungsurkunde abstempeln lassen. Deshalb darf die Abstempelung nicht versäumt werden. Zur Abstempelung müssen bei der Ortskrankenkasse das Krankentafelbuch, die letzte Quittungsurkunde der Invalidenversicherung und die Militärpapiere vorgelegt werden.

Wirtschaftliches.

Produktion und Ausfuhr der Eisen- und Stahlprodukte im Jahre 1921.

Die Erzeugung der Eisen- und Stahlprodukte hat im Jahre 1921 eine starke Herabsetzung erfahren. In den Vereinigten Staaten ist sie gegenüber 1920 um etwa 65 Proz., gegenüber 1913 jedoch ungefähr um 35 bis 40 Proz. gesunken. Die Roheisenproduktion Englands mit 2,6 Millionen Tonnen, die Stahlproduktion mit 3,6 Millionen Tonnen war die geringste seit dem Jahre 1850. Die Hälfte der Arbeitslosigkeit ist auf diesen Ausfall zurückzuführen. Die Krise der Schiffbauindustrie ist hierfür zum großen Teil verantwortlich. Der 1921 gebaute Schiffsraum erreichte kaum ein Viertel des Jahres 1920, 568 000 Tonnen gegenüber 2,4 Millionen; da aber für jede 2 Tonnen Schiffsraum ungefähr 1 Tonne Eisen oder Stahl verbraucht wird, so läßt sich der Verlust bei diesen Posten errechnen. Aber auch die Erzeugung der deutschen, französischen und belgischen Metallindustrie blieb hinter der Produktion des Jahres 1920 erheblich zurück.

Der Produktionsverminderung entsprach eine verminderte Ausfuhr. Für die Verarmung der deutschen Volkswirtschaft ist bezeichnend, daß, während Deutschland 1913 mit seiner Ausfuhr an diesen Waren an der Spitze sämtlicher Länder stand — es führte damals 6,2 Millionen Tonnen aus —, sein Anteil am Export 1920 auf 1,7, 1921 ungefähr auf 2,4 Millionen Tonnen gesunken ist. Die Ausfuhrmenge aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1921 war ungefähr dieselbe wie die aus Deutschland. Ein großer Rückgang gegenüber 1920, als sie noch 4,7 Millionen exportierten, jedoch nicht viel weniger wie 1913, als ihre Ausfuhr noch unter 3 Millionen Tonnen blieb. Die Vereinigten Staaten führten nämlich trotz ihrer ungeheuren Produktion verhältnismäßig wenig aus, da die Produkte zum größten Teil im Inland verbraucht werden. — Einen schmerzhaften Rückgang mußte die Ausfuhr der englischen Eisen- und Stahlindustrie verzeichnen. Ihre Ausfuhr sank von 5 Millionen Tonnen im Jahre 1913 und 3 1/2 Millionen Tonnen 1920 auf 1,7 Millionen im Jahre 1921. — Belgien, Frankreich und Italien haben verschwindend kleine Mengen der englischen Produkte aufgenommen, nur den fünften bis siebten Teil der 1920 gelauteten Mengen, obwohl ein Bedarf an diesen Waren für sie auch 1921 bestand. Auch nach manchen außereuropäischen Staaten, wie die Vereinigten Staaten, Argentinien, Japan und Brasilien, erlitt die englische Eisen- und Stahlausfuhr eine erhebliche Einbuße. Demgegenüber sind die britischen Kolonien dem Mutterlande ziemlich treu geblieben; England konnte dorthin ungefähr noch die Hälfte der Vorkriegsmengen ausführen. Die Krise, die dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Britischen Reiches das Wort reden, werden in dieser Lausache ein wichtiges Argument für ihre Zwecke erblicken.

Bezüglich der französischen Eisen- und Stahlausfuhr ist die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß sie 1921 trotz der Verengerung der Erzeugung sich gewaltig erhöht hat. Sie betrug 1913 620 000 Tonnen, 1920 bereits 930 000, während in den ersten neun Monaten 1920 seine Ausfuhr nicht weniger als 1 226 000 Tonnen ausmachte. Dies ist sicher auf die Machtpolitik Frankreichs zurückzuführen, das keine Mittel scheut, um seine Produkte auch mit politischen Druckmitteln im Ausland abzusetzen. Immerhin ist es beachtenswert, daß Frankreich, dessen Ausfuhr an Eisen- und Stahlprodukten 1913 ein Zehntel der deutschen ausmachte, 1921 bereits zwei Drittel der deutschen Ausfuhrmenge erreichte, und dies trotz der Entwertung der deutschen Mark, die bekanntlich für die deutsche Ausfuhr besonders günstig war. Die Erklärung hierfür kann nur in der Erwerbung Elsaß-Lothringens liegen.

Die schutzollbedürftige englische Seidenindustrie.

Aus London wurde dem „Hamburger Fremdenblatt“ geschrieben: Die Angehörigen der englischen Seidenindustrie, die von jeher nach Zollschutz verlangt haben, agitieren neuerdings wieder besonders lebhaft. Wahrscheinlich geschieht das anlässlich der Erfolge der Schutzollpropaganda der Federation of British Industries, und der Vorsitzende der bekannten Gesellschaft Courtlands Limited, die eins der bedeutendsten Seidenunternehmen Englands ist, erklärte gelegentlich deren Hauptversammlung soeben, die englische Seidenindustrie hätte seit 1860 einen zusehends hoffnungsloser werdenden Kampf ums Dasein geführt. Nach dem Krieg seien ihre Schwierigkeiten so ungeheuer gewachsen, daß sie ihnen erliegen müßte, wenn England nicht mit dem Freihandelsprinzip breche. Im Jahre 1861 beschäftigte sie noch 116 000 Arbeiter, deren Zahl 20 Jahre später 65 000, im Jahre 1901 noch 37 000, doch im Jahre 1921 nicht mehr als 27 000 betrug. Gleichzeitig fiel die Roheiseneinfuhr von 5 630 000 Pfund auf 378 000 Pfund, was freilich mit dem steigenden Verbrauch von Kunstseide zusammengehungen haben dürfte. Die Vereinigten Staaten hätten sich dagegen fast gleichzeitig mit Hilfe einer weisen Schutzollpolitik eine blühende Seidenindustrie geschaffen. Im Jahre 1872 beschäftigte diese noch 6600 Arbeiter, 1200 Webstühle und 12 000 Spindeln, doch im Jahre 1919 nicht weniger als 3 300 000 der letzteren, 99 000 Webstühle und 142 000 Arbeiter. Das Geschäft in echten Seidenfabrikaten wäre für die Engländer durch festländisches (deutsches) „Dumping“ zu Preisen zugrunde gerichtet worden, mit denen einheimisches Fabrikat unmöglich konkurrieren könnte.

In handelskreisen will man indes wissen, daß es die künstlerischen Muster und Farben des Auslandes sind, die die englische Seidenware mehr und mehr vom eigenen Markt verdrängen.

Teuerung und Tarifpolitik.

Man schreibt uns unter obiger Spitzmarke aus Mitgliederkreisen: „Das rapide Steigen der Warenpreise senkt den Reallohn. Weitere Verelendung droht der Arbeiterschaft. Wie kann sie abgewendet werden? Zusammenbruch der Unternehmerverbände der Textilindustrie zu einer Arbeitsgemeinschaft, wie in Chemnitz, ist kein Mittel dafür, denn solche Arbeitsgemeinschaften funktionieren viel zu schwerfällig, und die Unternehmer schaffen ja auch nichts, um uns, sondern sich zu helfen. Helfen kann uns nur eine Verringerung unserer Tarifpolitik. Dabei wird es freilich Schwierigkeiten zu überwinden geben. Doch die Teuerungswelle wird uns die Mittel dazu zeigen und den Weg, den wir gehen müssen, um weitere Not, weiteres Elend von uns abzuwenden. Wenn jede Tarifgruppe die größte Aktivität zeigt und finanziell und moralisch gerüstet ist, werden wir alle Anschläge, die von Unternehmenseite auf uns gemacht werden, von uns abwenden können.“

Das heißt also: Rüstet zum Kampf! Das ist auch unseres Erachtens nach so notwendig, als gegenwärtig in fast allen Industriefeldern das Unternehmertum der Arbeiterschaft Kampf angeht hat.

Berichte aus Fachkreisen.

Nürnberg. Unsere Städtische Volkshochschule beginnt demnächst ihr drittes Trimester; es währt von April bis Juni. Rege Teilnahme ist Pflicht der mißbegierigen Verbandsmitglieder.
Innsbruck. Am 19. März fand hier eine Konferenz für den Bezirk Ostpreußen statt. Kollege Bödrich legte die Situation in unserem Beruf dar. — Die hierauf folgende Aussprache, an welcher sich sämtliche 15 aus den vertretenen Orten beteiligten, ergab volle Übereinstimmung mit den Ausführungen des Kollegen Bödrich. Beschlossen wurde, einen Antrag an den Arbeitgeberverband bezüglich gleichzeitiger zentraler Verhandlung zu stellen sowie einen Lohnzuschlag von 40 Proz. auf die jetzt bestehenden Löhne zu fordern. — Der 2. Tagesordnungspunkt betraf die Verbandsbeitragsfrage.

Kollege Bödrich wies darauf hin, daß es unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen sei, einen Stundenlohn als Beitrag zu entrichten. Damit war man einverstanden. Man beschloß auch die Erhöhung des Lokalzuschlages auf 1 Mk.

Sagan. Kollege Karl Treffer tot. Einer der Mitbegründer der Filiale Sagan ist mit ihm dahingegangen. Am 2. Februar 1896 trat Treffer der Organisation bei und war somit 26 Jahre Mitglied derselben. War er auch die letzten Jahre nicht mehr in den vorderen Reihen mit tätig, so hat er aber im Stillen stets für die Organisation gewirkt. Die ersten Jahre nach der Gründung der Filiale hat Treffer die verschiedensten Posten in der Ortsverwaltung bekleidet, und somit viel für die Organisation geleistet. Mögen sich unsere jungen Mitglieder an dem alten Kämpfer ein Beispiel nehmen und ihm an Pflichttreue nachahmen.

Wittgensdorf. Am 17. März fand hier eine stark besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. Kollege Senfert-Dresden sprach über „Das Wesen der christlichen Gewerkschaftsbewegung“. In leicht verständlicher, klarer Weise ließ der Referent die „Geschichte“ der Christen von ihrer Entstehung bis in die Gegenwart sich vor dem geistigen Auge der Hörer abrollen. — Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Das Biederbüßend Christen hatte es vorgezogen, trotzdem sie ausdrücklich geladen waren, der Tapferkeit besseren Teil zu wählen. Dafür werden sie nunmehr in ihren geheimen Konventikeln um so heftiger über die Freien wettern. Es muß herzlich schlecht um ihre Sache bestellt sein, wenn sie eine öffentliche Auseinandersetzung zu fürchten haben.

Literatur.

Vollständige Einführung in das Marx-Studium. Von Paul Fischer. Durchgesehen und vervollständigt von Paul Kampffmeyer. 1922. Verlag: J. S. W. Diez Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 6 Mk.

Im Dienste der Entente. Von Wilhelm Keil. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 3 Mk. Delbrück schreibt über den französischen Geheimbericht, der in dem Werthen besprochen wird: „Millionenfach sollte dieses Schriftstück im deutschen Volke verbreitet werden.“

Maizeitung 1922. Durch den ersten Mai klingt das Kampflied und der Wehgefang des Sozialismus. Der erste Mai ruft alle Schaffenden zu einer weltpolitischen Kundgebung gegen den Kriegsgewalt, gegen die Ausbeutung und das Schmarozertum in jeder Form auf, der erste Mai verammelt alle Arbeitenden zu andachtsvoller Verkennung in das sturmbelegte, geistdurchströmte Werden der Natur und Gesellschaft. Die beiden Grundgedanken des ersten Mai bringt die Maizeitung 1922 zum lebendigsten Ausdruck. Verlag: Vorwärts, Berlin SW. 68.

Lüttgens: Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. (Der zwischenbezirkliche Arbeitsmarktausgleich.) Preis 24 Mk. Verlag: G. D. Baedeker, Essen. Der Verfasser hatte sich zur Aufgabe gemacht: Schilderung der Entstehung und Entwicklung des gemeindlichen Arbeitsnachweises. Daran anknüpfend bespricht er Vorschläge für den weiteren Ausbau bzw. seine Neugestaltung und macht dafür eigene, recht beachtenswerte Vorschläge. Mit Rücksicht auf das kommende Arbeitsnachweisgesetz ist das Studium des 80 Seiten starken Werthens allen Interessenten zu empfehlen.

Lufas: Spekulation und Wirklichkeit im ökonomischen Marxismus. Preis 24 Mk. Verlag: Derselbe.

Richtiges Deutsch. Eine empfehlenswerte Zeitschrift zur Pflege und Vertiefung der deutschen Sprache. Ein Berater für alle schwierigen Fragen der Grammatik und Rechtschreibung. Ein Lehrmeister für alle, die ein richtiges Deutsch lernen wollen. Erscheint Mitte jedes Monats. Einzelnummer 3 Mk.; vierteljährlich 7,50 Mk. Verlag: Süßerotzt G. m. b. H., Berlin C. 2, Burgstr. 29.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 2. April ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau Augsburg. Hof. V: Friedrich Grehmann, Enoch-Widmann-Strasse 19.

Gau Gera. Gera. K: Max Schmidt, Geschäftsführer, Engländerstrasse 11. Briefe an den Geschäftsführer Christian Schmidt, Engländerstr. 11.

Langenberg. Sendungen für den Kassierer vorläufig an H. Lange, Genstr. 18c.

Gau Dresden. Döbernhau. V u. K: Paul Heß, Freiburger Strasse 18, Konsumverein.

Rohweien. K und Geschäftsführer: Kurt Hahn, Am Gottesacker 4.

Gau Berlin. Fürstendamalde (Spree). K: Karl Kujak, Holzstraße 9.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen. Berlin. Dekateure. Jeden Freitag von 3—4 Uhr, Stall-schreiberstr. 39: Jahrlang.

Breslau. Stiderei- und Posamentenbranche. Donnerstag, 6. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Kiel. Sonnabend, 8. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Leobsdorf. Sonnabend, 8. April, im Volkshaus, Coßeler Str. 6.

Neussadt a. d. Orla. Freitag, 7. April, abends 8 Uhr, im „Waldschloßchen“.

Schloßheim. Dienstag, 11. April, abends 8 Uhr, im Ratskeller.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Bischofswerda. Ferd. Emil Duand.

Drebach. Paula Anna Seidel.

Füssen. Veroni Keng.

Göppingen. Hermann Koll. Gustav Hoff. Klara Reichle. Anna Scholz.

Greiz. Adele Diegel. Wilhelmine Jausseil. Marie Fischer. Vina Gebhardt. Helene Schneider. Paul Rott.

Großröhrsdorf. Ida Hennig.

Guben. Bernhard Lang. Wanda Gräß.

Hamburg-Harburg. Marie Köhler. Marie Pawelka.

Hattorf. Heinrich Grobader.

Heidenheim a. d. Brenz. Babette Westhäuser, Schnaitheim.

Lauban. Berta Thieme, Seibsdorf.

Leipzig. Gustav Fischer.

Lichtenstein-Callenberg. Frau Klara Müller.

Meerane. Martha Wolf. Luise Hiemer. Liesbeth Kluge. Elise Klemm. Franz Spranger.

Richard Zeidler. Adam Döbereiner.

Neumünster. Marie Scheel.

Osternode a. Harz. Frida Ohnesorge.

Ravensburg i. W. Marie Erling.

Thalheim i. Erzgeb. Martha Hilda Trnka, Niederzönitz.

Thum. Gertrud Schönherr.

Zillertal i. Riesengeb. Henriette Scholz. Albert Baumer. Heinrich Felsmann. Helene Paul. Pauline Geister.

Züllichau. Frieda Schirmer. Ehre Ihrem Andenken!

Einige tüchtige Handdrucker

suchen zum möglichst sofortigen Eintritt
Kassierer Decken- und Sealschnitfabrik, G. m. b. H., Roffen.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 31. März

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magasinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Kessel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Wirtschaftliche Beilage zum „Textil-Arbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Übersicht. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Februar. — Das gleitende Lohnsystem. — Die Lage der deutschen Textilindustrie. — Wochenbericht der Bremer Baumwollbörse. — Preisnotierungen der Industrie- und Handelsbörse Stuttgart. — Genossenschaftliches.

Wirtschaftliche Übersicht.

Etwa drei Wochen lang hatte die Entwicklung der deutschen Valuta eine gewisse Stabilität gezeigt. Nachdem Anfang November der Dollarkurs von über 300 plötzlich auf unter 200 gefallen war, blieb er bis Mitte Februar ungefähr auf dieser Höhe stehen. Das war die Zeit, in der man von den Beratungen der Alliierten günstigere Aussichten auf die deutsche Außenpolitik und damit für die deutsche Staatswirtschaft erwartete. Inzwischen hat sich der politische Horizont wieder umgezogen, an eine baldige Wiedergeburt der Weltwirtschaft will niemand mehr glauben; die Aussichten darauf, daß die Konferenz von Genoa Ersprießliches für die Gesundung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas leisten könnte, sind sehr gering. Kein Wunder also, daß mit der fortschreitenden Finanzzerüttung des Reichs auch die Entwertung der deutschen Mark auf neue neue einsetzte und man jetzt gar nicht absehen kann, wohin die Entwicklung noch führen soll. Die Bewegung der Kurse der wichtigsten ausländischen Zahlungsmittel an der Berliner Börse seit Anfang 1921 wird durch die nachstehende Tabelle illustriert:

In Berlin notierten am	Amsterd.	London	Paris	New York
1921				
4. Januar	2 362,60	263,25	437,—	75,38
17. Mai	2 100,—	233,25	497,50	56,38
16. August	2 800,—	330,—	697,—	90,—
28. September	4 075,—	473,—	899,—	127,—
12. Oktober	4 595,60	503,45	961,50	131,85
13. "	4 750,—	545,—	1010,—	141,50
8. November	10 600,—	1180,—	2240,—	310,—
9. "	8 700,—	982,50	1800,—	258,—
1. Dezember	6 700,—	752,50	1410,—	190,—
5. "	8 190,—	937,50	1730,—	236,—
12. "	6 150,—	690,—	1335,—	165,50
27. "	6 750,—	771,—	1492,50	184,—
1922				
5. Januar	7 425,—	847,50	1600,—	201,50
3. Februar	7 575,—	800,—	1712,50	204,62
9. "	7 175,—	842,50	1665,—	191,75
15. "	7 482,50	874,10	1788,25	199,80
20. "	8 166,80	951,50	2007,95	218,53
1. März	8 741,25	1021,45	2087,90	229,77
6. "	9 940,05	1152,30	2387,60	261,59
17. "	10 464,—	1209,75	2425,65	277,47

Die Devisenkurse nähern sich also mit bedenklicher Schnelligkeit dem Höchststande, den sie Anfang November erreicht hatten. Für die minderbemittelte Bevölkerung hat das insofern eine schwerwiegende Bedeutung, als dieses Mal die Preise für alle Lebensbedürfnisse sich dicht hinter die Entwertung der deutschen Geldscheine halten, und daß sich die Teuerung demzufolge mit Riesenschritten fortsetzt. Das Ideal aller kapitalistischen Kreise, die Annäherung der Inlandspreise an Weltmarkthöhe ist bald erreicht; von einem Unterschied zwischen dem inneren und äußeren Werte der deutschen Mark ist kaum noch etwas zu spüren. Nur die Löhne bleiben weit dahinter zurück.

Auch die diesmalige Welle der Geldentwertung gibt der wirtschaftlichen Konjunktur einen mächtigen Antrieb. An der Börse, in der Industrie, im Handel, bei den agrarischen Produzenten, auf allen Geld- und Warenmärkten herrscht Hausse Stimmung. Am deutlichsten hat sie sich auf der diesjährigen

Frühjahrsmesse in Leipzig

widdergespiegelt. Ungeheuer war der Andrang von Käufern, die nach Waren suchten. Zahllose Industrienterreter konnten kaum noch die Aufträge entgegennehmen, die ihnen die Kunden zuführen wollten. Nicht wenige Aussteller lehnten überhaupt jeden Verkehr mit den Messebesuchern ab, weil sie auf viele Monate hinaus ihre Produktion vollständig vorverkauft hatten. Es waren auch viele ausländische Einkäufer zur Stelle, aber übereinstimmend wird berichtet, daß deren Bestellungen verhältnismäßig gering waren, und daß sie mehr zu ihrer eigenen Information die Reise nach Leipzig unternommen hatten. Das bestätigt von neuem die schon im vorigen Jahre gemachte Wahrnehmung, daß die Behauptung von dem deutschen Ausverkauf nach dem Auslande nicht ganz zutrifft; in der Hauptsache wird die Hausse im Inlande erzeugt; die kapitalistischen Kreise, nicht zuletzt auch die Landwirtschaft, suchen die ihnen in so reichem Maße zutiefenden Geldmittel in Sachwerte umzusetzen, um sie vor dem Zugriff des Steuereinkommens zu schützen. Die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung sind im Gegensatz dazu außerordentlich übel daran. Sie können kaum den notwendigen Lebensbedarf bestreiten.

Ein geradezu glänzendes Bild bot vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen auf der Leipziger Messe die Textilindustrie. Hören wir den „Konfektionär“ darüber:

„Auf dem Gebiete der Textilmesse gab es eine Hausse, wie sie bisher im Messegeschäft noch nicht zu beobachten war. Schon vor Eröffnung der Messe am Sonnabend, herrschte ein reger, teilweise sogar beängstigender Andrang von Einkäufern, der dazu führte, daß einzelne besonders große Ausstellerfirmen schon am Sonntag nur noch beschränkte Aufträge entgegennehmen konnten. Es kennzeichnet die relativen Umsätze genügend, wenn man registriert, daß einzelne Firmen bereits am Sonntagnachmittag ihre gesamten Produktionen ausverkauft hatten, während andere wiederum sich gezwungen sahen, durch Warenreparatur oder zeitweiligen Geschäftsschluß den Ansturm der Kundschaft einzudämmen.“

Neuliches berichten auch die anderen Fachblätter. So schreibt die „Textilwoche“:

„In Leipzig ließ sich in der vergangenen Woche feststellen, wie unverhältnismäßig stark die Nachfrage nach Textil-Erzeugnissen gegenüber den Angeboten ist. Alle Konsummenten reisten nach Leipzig, aber die wenigsten von ihnen fanden die Waren, nach denen sie suchten. So wird es auch in Breslau und in Frankfurt a. M. sein, auch dort wird man alle die Einkäufer wieder treffen, denen man auf den bisher abgehaltenen

Messen begegnete. In dieser Jagd nach Waren liegt das deutliche Kennzeichen des Warenhungers, den selbst die gewaltig gestiegenen Preise nicht beruhigen können.“

Hatten sich noch bis in den Februar hinein die Einkäufer eine gewisse Zurückhaltung auferlegt und nur den nächsten Bedarf für das Frühjahr gedeckt, so ist jetzt ein geradezu schrankenloser Optimismus an die Stelle getreten. Es werden umfangreiche Aufträge schon für den Herbst und für den Winter erteilt, so daß in den wichtigsten Produktionsstätten die Betriebe

auf viele Monate hinaus voll besetzt

sind. Man wird sich erinnern, daß die Unternehmer behauptet hatten, daß sie bei den so gewaltig gestiegenen Preisen für alle Rohstoffe kaum in der Lage sein würden, sich mit dem notwendigen Material für das laufende Jahr einzudecken. Jetzt ist davon keine Rede mehr. Man klagt darüber, daß die Arbeiter am Montag festhalten, und daß dadurch eine Erweiterung der Produktion nicht möglich sei. Es ist klar, wohin die Unternehmer damit zielen. Sie wollen nach Möglichkeit die Erweiterung ihrer Betriebe vermeiden, weil jeder Neubau, jede Anschaffung neuer Maschinen große Kapitalien verschlingt. Die Kosten für die Produktionserweiterung sollen lediglich die Arbeiter tragen, indem sie unter Beibehaltung der bisher so außerordentlich niedrigen Reallohne einer Verlängerung der Arbeitszeit zustimmen. Selbst vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft aus gesehen ist diese Forderung durchaus zurückzuweisen. Nur solange der Lohn des deutschen Arbeiters wesentlich geringer ist, als der des Arbeiters in den Ländern mit hoher Valuta, kann die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie auf dem Weltmarkt aufrechterhalten bleiben. Kommt es zu einer dauernden Stabilisierung der deutschen Mark oder gar zu einer Verbesserung der deutschen Valuta, so muß sich die jetzt an den Produktionsmitteln sich übende Sparsamkeit bitter rächen. Um nur ein Beispiel zu nennen, so ist jetzt schon die amerikanische Industrie durch Verbesserung ihrer Technik in der Lage, der Konkurrenz der Länder mit relativ niedrigen Löhnen wirksam entgegenzutreten. Auch von der englischen Industrie weiß man, daß sie alle Anstrengungen macht, um durch Verbesserung des Maschinenparks und durch Erneuerung der Produktionsmethoden die Führung auf dem Weltmarkt wieder zu übernehmen. Solche Zeichen werden vom deutschen Kapital vorläufig noch gering geschätzt.

Die augenblickliche

Hochkonjunktur in der Textilindustrie

hat eine Erscheinung hervorgerufen, deren nachteilige Folgen bald zu spüren sein werden. Es ist eine gewisse Geldknappheit eingetreten, eine Folge der allgemeinen Teuerung. In einigen Bezirken wird von den Bestellern bereits die Vorausbezahlung eines erheblichen Teils des Warenwertes verlangt. So fordern die Baumwollspinnereien und Webereien des Augsburger Bezirks 25 Proz. als Vorauszahlung. Der Großhandel stellt nunmehr ähnliche Forderungen an die kleineren Abnehmer. Zahlreiche Fabrikanten verlangen ferner die Anerkennung einer Lohnerhöhung von 10 Proz. Lohnerhöhung in den Fabriken einen 3½-prozentigen Aufschlag auf den Warenpreis zu bewilligen. Da außerdem die Bestimmung fester Preise in immer größerem Umfange abgelehnt wird und sowohl Fabrikanten wie Händler nur noch „freibleibend“ verkaufen, so ergibt sich daraus mit aller Deutlichkeit, daß die kapitalistischen Schichten die günstige Situation wahrzunehmen suchen, um jedes Risiko von sich abzuwälzen. Das alles muß zu einer weiteren Verstärkung des Einflusses des großen Kapitals führen, zu einer zunehmenden Verdrängung der mittleren Schichten und schließlich zu der Gefahr, daß beim Eintritt einer Katastrophe die schwächsten Schultern die größten Lasten zu tragen haben werden.

Ueber die Geschäftslage in den einzelnen Bezirken der Textilindustrie wird folgendes berichtet: In den Webereien Mittel- und Westfalens liegen allgemein zahlreiche neue Aufträge vor, so daß die Produktion auf längere Zeit gesichert erscheint. Einige Zweige der sächsischen Textilindustrie klagten über Materialmangel, so die Chinilleweberei, die Seidenstofffabriken und die Kammgarnwebereien. Der Eisenbahnerstreik soll mehrere Wochen hindurch das rechtzeitige Heranbringen von Rohstoffen und Kohlen unmöglich gemacht haben, so daß sich Betriebseinschränkungen und sogar Stilllegungen nicht ganz vermeiden ließen. Im Münchener Gladbacher Bezirk herrscht im Baumwollgarngeschäft ein reger Verkehr. Die meisten Spinnereien sind für das ganze erste Halbjahr ausverkauft, weitergehende Lieferungen werden nur ungern übernommen. In den Imitat- und Fäncgarnspinnereien war es kaum möglich, allen Anforderungen zu genügen. Der Auftragsbestand in diesen Betrieben ist so reichlich, daß die Beschäftigung bis Juni gesichert ist. Die Kunstwoll- und Streichgarnspinnereien sind auf drei bis vier Monate mit Aufträgen versehen, weitergehende Termine zu den jetzigen Preisen werden abgelehnt. Die meisten Verarbeiter von Rohstoffen sind bereits auf weitgehendste Termine eingedeckt.

In der Wuppertaler Wollweberei ist die Beschäftigung sehr gut und jeder Tag bringt umfangreiche neue Aufträge. Die Hersteller von Kleiderstoffen sind schon mit der Anfertigung der neuen Winterartikel beschäftigt. Die Futterstoffwebereien sind auf lange Zeit hinaus reichlich mit Aufträgen versehen. Die Seidenweberei ist teilweise weniger stark beschäftigt, jedoch wird in der nächsten Zeit wieder mit einem umfangreichen Eingang neuer Aufträge gerechnet, da die meisten Seidenstoffe im Großhandel flotten Absatz finden. Die Bandwebereien klagten über den Mangel an Kunstseide, bei den Herrenkleiderfabriken ist die Nachfrage äußerst stark. Im Meraner Glauhauser Industriebezirk ist in der Auftragserteilung für Winterstoffe eine starke Belebung eingetreten. Täglich sind Einkäufer da, die umfangreiche Bestellungen erteilen und außerordentlich hohe Preise bewilligen. Die Großisten kaufen an greifbarer Ware, was sie nur bekommen können. Auch die Lohnwebereien sind vollständig ausverkauft. In der Chemnitzer Trikotagenindustrie kann schon jetzt Sommerware kaum genug beschafft werden. Besondere Badestoffe und Anzüge werden dieses Jahr stärker begehrt als je zuvor. Viel gefragt werden weiße und bunte Herrenanzüge und sonstige Herren- und Damenunterwäsche. In Trikotstoffen für die Konfektion, in Baumwolle, Wolle und Kunstseide herrscht riesige Nachfrage. Die

gesamte Geschäftslage wird als sehr zufriedenstellend angesehen und auch für die kommenden Monate wird ein flottes Geschäft erwartet. Die Bielefelder Textilindustrie ist stark beschäftigt; sie hat ihre Produktion zum Teil für Monate hinaus ausverkauft. Die Wäschefabriken sind bis Juni und Juli mit Aufträgen versehen. Als weniger günstig wird die Lage in der bayerischen Textilindustrie angesehen. Neue Aufträge seien bisher noch nicht genügend eingegangen, dagegen habe man mit dem Aufarbeiten der alten Auftragsbestände noch viel zu tun. In den thüringischen Wollwebereien und Spinnereien war der Geschäftsgang durchaus lebhaft.

Die jetzt wieder zahlreich veröffentlichten

Geschäftsberichte der einzelnen Unternehmungen

zeigen, welche günstige Wirkung die Konjunktur auf die Gewinnmöglichkeiten des Kapitals ausübt. Man betrachte die nachfolgende Tabelle:

	Dividende 1921 Proz.	Borjahr 1922 Proz.	Bonus Proz.
Kammgarnspinnerei Düsseldorf	25	12	21
Gebr. Schille, Großenhain	40	25	
Vogtländische Tüllfabrik in Plauen	30	25	
Ant. Laimperg, Chr. Sohn, M.-Gladbach	25	16	
Neue Baumwollspinnerei, Bayreuth	35	20	
Kammgarnspinnerei, Schedewitz	50	35	125
Kammgarnspinnerei Gaukisch/Leipzig	12	12	20
Mechan. Baumwollsp. u. Web. Kaufbeuren	25	25	10
Leipziger Baumwollspinnerei	25	16	10
Baumwollspinnerei Gehlerau	40	30	
Baumwollweberei Jösch-Lintzweiler	30	20	
Kammgarnspinnerei Bernshausen	35	35	15
Baumwollspinnerei Augsburg	35	22	
Baumwollspinnerei Kolbemoor	30	20	
Mechan. Spinnerei u. Weberei, Kempen	35	25	9
Kammgarnspinnerei Bietigheim	40	25	
Schöller u. Eitorf	30	26	25

Vielfach werden den Aktionären die Gewinne zum Teil auch in anderen Formen ausgezahlt, als Gratisaktien oder durch Uebergabe von Kriegsanleihen. Die angeführten Beispiele sind keine Einzelfälle, es gibt fast kein Unternehmen in der Textilindustrie, das nicht in derselben Weise arbeitet. Wenn man nur danach urteilen wollte, so müßte also wirklich die Konjunktur so glänzend sein, wie nie zuvor. So ist es aber nur für die Unternehmer. Die Arbeiterschaft kann ein anderes Lied singen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Februar.

Die Berichte sämtlicher Tageszeitungen über die Wirtschaftslage sprechen von einer Hochkonjunktur wie nie zuvor. Auch die Zeitungsmeinungen über den Verlauf der Leipziger Messe klingen dahin aus, daß alles, was dort zum Verkauf ausgestellt wurde, zum größten Teil am zweiten und dritten Tage der Messe ausverkauft war. Befonders Textilwaren jeder Art waren in kurzer Zeit vergriffen. Wenn nun demgegenüber die Zahl unserer arbeitslosen Verbandsmitglieder von 4566 auf 5634, also um 1068, stieg, so ist dazu zu bemerken, daß sich in der Wirklichkeit die Wirtschaftslage eben anders widerspiegelt als in rosig gefärbten Berichten der Tageszeitungen und der in Frage kommenden Fachschriften. Nach den Berichten unserer Funktionäre aus größeren Industriezentren, wie Plauen i. B., Weidau, Nechttau, Pulsnitz u. a., waren am betreffenden Stichtage (25. Februar) noch ganze Betriebe, die schon im Anschluß an den Eisenbahnerstreik wegen angeblichen Kohlenmangels feiern mußten, bis auf die Dauer von drei Wochen stillgelegt. Auch ist öfter das Fehlen von Rohstoffen als Begründung der größeren Arbeitslosigkeit gegenüber dem Januar angegeben worden.

Der Zunahme der Arbeitslosigkeit steht eine Abnahme der Kurzarbeit gegenüber. Die Zahl der Kurzarbeiter sank von 10 051 im Januar bis auf 6807 im Berichtsmonat, 1,0 Proz. unserer Verbandsmitglieder waren neben den Vollerwerbstlosen an der Entfaltung ihrer vollen Arbeitskraft gehindert. Im Januar waren es 1,6 Proz.

Berichterstattung

Die Berichterstattung umfaßt diesmal 98,7 Proz. der Mitgliedschaft. Bis dato ist es die beste Berichterstattung seit Einführung dieser monatlichen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählungen. Nur eine Geschäftsführerfirma mit 1767 Mitgliedern (Ulm) hat nicht berichtet. Die anderen 30 nichtberichterachtenden Filialen sind kleinere mit Mitgliederzahlen unter 1000. Mitglieder sind vorhanden: 230 313 männliche, 440 084 weibliche, zusammen 670 397, die sich auf 381 Filialen verteilen. Bericht haben: 227 730 männliche, 433 964 weibliche, zusammen 661 694 (350 Filialen). 31 Filialen mit 2583 männlichen und 6120 weiblichen, zusammen 8703 Mitgliedern haben nicht berichtet.

Mitgliederzunahme gegen den Vormonat 6863.

Arbeitslosigkeit

Wie in der Einleitung schon bemerkt, stieg die Gesamtzahl der Vollerwerbstlosen von 4566 (0,7 Proz.) auf 5634 (0,9 Proz.). Auch bei den weiblichen Arbeitslosen ist dieselbe Steigerung (um 0,2 Proz.) zu verzeichnen, während das Prozentverhältnis bei den Männern dasselbe geblieben ist (0,8 Proz.). Es sind 1876 männliche, 3758 weibliche, zusammen 5634 Arbeitslose gemeldet.

Kurzarbeit

Die Gesamtzahl der Kurzarbeiter sank von 10 051 auf 6807, von 1,6 Proz. im Januar auf 1,0 Proz. im Berichtsmonat. Der prozentuale Anteil der männlichen, weiblichen und der Gesamtzahl der Kurzarbeiter beträgt überall 1,0 Proz. Im Vormonat waren es 1,9 Proz. männliche, 1,4 Proz. weibliche, zusammen 1,6 Proz.

Der Anteil der einzelnen Gruppen an der Gesamtzahl der Kurzarbeiter ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Es arbeiteten verkürzt um:

1—8 Stunden	94 Betriebe mit 1783 männl.	3128 weibl.
9—16 "	19 "	244 "
17—25 "	15 "	184 "
25 u. mehr "	13 "	137 "
Zusammen	141 Betriebe mit 2348 männl.	4450 weibl.

zusammen: 6807 Verbandsmitglieder. Die größte Beteiligung hat immer noch, wie im Vormonat, die Gruppe mit 1—8 Stunden Verkürzung in der Woche, während die anderen Gruppen mit niedrigeren Zahlen an der Kurzarbeit teilnehmen. — Die Tabellen über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden in der Reihenfolge unserer Gauen im „Mitteilungsblatt für die Ortsverwaltungen“ veröffentlicht werden.

Das gleitende Lohnsystem.

Ein praktisches Beispiel. Von Ing. Josef Horn, Berlin.

Die Frage der gleitenden Lohnsätze ist durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erneut in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt worden. Nachstehend bringen wir einen Auszug eines guten Kennters der österreichischen Verhältnisse, der die mit dem gleitenden Lohnsystem in Österreich gemachten Erfahrungen einer genauen Betrachtung unterzieht. Mit der Hinzufügung des Artikels erklären wir uns natürlich nicht für das System. D. R.

Am 1. September 1919 drohten die österreichischen Industrieangestellten den Unternehmern zum erstenmal mit dem Generalstreik. Die Regierung mischte sich ein, es kam ein Reichsmanteltarif zustande. Die Unsicherheit der Lage veranlaßte den damaligen sozialdemokratischen Staatskanzler Dr. Karl Renner zur Einberufung einer „Industriekonferenz“, aus der etwas Ähnliches, wie die Arbeitsgemeinschaften in Deutschland hätte hervorgehen sollen. Auf dieser Konferenz machte Dr. Renner u. a. auch den Vorschlag, die Lohnfragen durch ein gleitendes System zu regeln. Ein Beschluß kam nicht zustande. Das gleitende System fand bei den Staatsbeamten durch kurze Zeit eine schwächliche Anwendung. Von den Gewerkschaften interessierten sich nur der Oesterreichische Metallarbeiterverband und der Bund der Industrieangestellten für den Gedanken.

Im November 1919 waren die Industrieangestellten von Steiermark und Kärnten revolutioniert worden. Die Unternehmer ließen es zum Kampfe kommen. Am 1. Dezember um 10 Uhr vormittags verließen in den beiden Ländern sämtliche Industrieangestellten die Büreaus und die Betriebe. Oesterreichs Schwerindustrie und Kohlenproduktion waren in höchster Gefahr. Unter dem Druck der Regierung und des eben tagenden österreichischen Gewerkschaftskongresses brachen die Kollegen am 5. Dezember um 2 Uhr nachmittags den Streik gegen die Zusage sofortiger Verhandlungen ab. Um 3 Uhr begannen die Verhandlungen. In diesen machte ich als Verhandlungsführer den Vorschlag, das gleitende Gehaltsystem einzuführen, und unterbreitete eine Indextabelle. Die anwesenden Vertreter der Wiener Bundesleitung und des Hauptverbandes der Industrie baten, diesen Vorschlag zurückzustellen, da die Aussicht auf Regelung für das ganze Reich bestehe. Wir stimmten mit entsprechendem Vorbehalt einem Provisorium bis 31. Januar 1920 zu.

In der ersten Februarhälfte 1920 trat in Wien eine kleine Kommission von Vertretern des Bundes der Industrieangestellten und solchen des Hauptverbandes der Industrie zusammen und schuf in einer Beratung von wenigen Stunden für die österreichischen Industrieangestellten das gleitende Lohnsystem, nachdem dieses ein paar Tage vorher für die Metallarbeiter Oesterreichs vereinbart worden war. Es wurde bestimmt, daß die bestehenden Gehaltsbezüge die bisherige Teuerung ausgeglichen hätten. Diese Bezüge (abgesehen von den sozialen Zulagen) wurden als Grundgehälter bezeichnet. Hier sollte in Zukunft (erstmals im Februar 1920) eine nach folgender Tabelle zu bestimmende gleitende Teuerungszulage treten:

Waren	Konsum in Kilogramm	Preis für 1 Kilogr. in Kronen		Kosten der Lebenshaltung für 1 Woche in Kronen	
		1. Dezmbr. 1919	Mitte Oktober 1920	1. Dezmbr. 1919	Mitte Oktober 1920
1. Rationierte Lebensmittel					
Mehl	0,50	5,40	11,20	2,70	5,60
Brot	1,575	1,90	4,76	2,99	7,50
Zucker	0,17	14,82	43,—	2,43	7,31
Kartoffeln	0,50	4,57	9,—	2,29	4,50
Fleisch	0,10	60,35	89,50	6,04	8,95
Fett	0,12	78,—	114,—	8,76	13,63
2. Sonstige Lebensmittel					
Hülsenfrüchte	0,50	7,76	26,40	3,88	13,20
Kaffeeertrag	0,15	12,75	55,—	1,91	8,25
Käse (Inlands-)	0,10	45,—	83,—	4,50	8,30
Marmelade	0,20	16,88	53,20	3,38	10,64
3. Andere Bedarfsartikel					
Kohle	7,00	0,90	2,82	6,80	19,81
Seife	0,05	26,10	60,—	1,31	3,—
Petroleum	1/4 l	2,16	20,—	0,54	5,—
				47,03	115,74

Prozenttag der Kostensteigerung gegenüber Dezember 1919 146 %

Die Kosten der Lebenshaltung nach dem Stande der 1. Dezemberwoche 1919 wurden, wie schon gesagt, als durch die Gehaltsbezüge vom Dezember 1919 und Januar 1920 abgegolten erklärt. Die gleitende Teuerungszulage wurde alle zwei Monate folgendermaßen berechnet: Auf Grund der vom Staatsamt (Ministerium) für soziale Verwaltung mitgeteilten Preise in der 3. Woche des Berechnungsmonates wurden die Kosten der Lebenshaltung ermittelt und festgestellt, um wievielle Prozente diese Kosten die der 1. Dezemberwoche 1919 überschritten. Im Oktober 1920 betrug dieser Prozenttag, wie obiges Beispiel zeigt, 146 Proz. Von dieser Prozentziffer war mindestens ein Zehntel und höchstens ein Fünftel (als Ausgleich für nicht im gleichen Maße steigende Ausgabenposten, wie Miete, Steuern usw.) abzuziehen. Das Maß des Abzuges war alle zwei Monate Gegenstand von Verhandlungen. Im Oktober 1920 betrug die Prozentziffer 146. Der Abzug von ein Zehntel hätte die Ziffer 131,4, der Abzug von ein Fünftel die Ziffer 116,8 gebracht. Die Unternehmer boten damals aus politischen Gründen (es war ein paar Tage nach den für die österreichische Sozialdemokratie ungünstig ausgefallenen Wahlen zur Nationalversammlung) 128 Proz. Diese wurden von uns angenommen. Die gleitende Teuerungszulage für Oktober und November 1920 betrug also 128 Proz., d. h. es erhielt jeder Industrieangestellte neben seinem Grundgehalt noch 128 Proz. von diesem als Teuerungszulage (und hierzu die sozialen Zulagen). Genau so war die Rechnung vorher in den Monaten Februar, April, Juni und August 1920 gemacht worden. Der Abzug betrug gewöhnlich zirka ein Siebtel der errechneten Prozentziffer.

Im Dezember 1920 beschloß die Unternehmer eine unbehagliche Urruhe. Die Tarifverträge der österreichischen Industrieangestellten enthalten alle die Weihnachtsgarantien als tarifmäßige Gebühr, und zwar (infolge eines Fehlers im Reichsmanteltarif) in der Höhe eines Grundgehaltes. Da nun voraussichtlich der Dezember 1920 eine Steigerung der gleitenden Zulage auf mindestens 150 Proz. brachte, hätte die Jahresremuneration um etwa zwei Fünftel des gesamten Dezemberbezuges betragen. Das hätte schwere Zusammenstöße in den Betrieben zur Folge gehabt. Die Unternehmer griffen daher sehr gerne einen Vorschlag des Bundes der Industrieangestellten auf, einen Teil der gleitenden Zulage dem Grundgehalte zuzuschlagen. Im Dezember 1920 fanden wieder Reichsverhandlungen statt, in denen vereinbart wurde: Die Grundgehälter vom Oktober 1920 werden verdoppelt. Hiermit wären von der gleitenden Zulage noch 23 Proz. verblieben, die nunmehr, da auf die doppelten Grundgehälter wirkend, auf 14 Proz. reduziert werden mußten. Die Sache wurde vom Bunde mit einer kleinen außerordentlichen Lohnbewegung verknüpft, und statt der Uebergangsziffer 14 auf 25 festgesetzt. Gleichzeitig wurde das Abzugsrecht von ein Zehntel bis ein Fünftel fallen gelassen. Endlich wurde festgelegt, daß die Teuerungszulage jeden Monat zu bestimmen sei.

Diese Bestimmung gestaltete sich von nun ab höchst einfach. Sie soll an einem Beispiel erläutert werden. Im April 1921 betragen die Kosten der Lebenshaltung nach obiger Tabelle 184,92 Kronen. Das war gegen die 1. Dezemberwoche 1919 eine Steigerung um 293,1 Proz. Von dieser Ziffer mußte die Prozentziffer des Uebergangsmontats Oktober 1920 mit der aus der Tabelle ersichtlichen Höhe von 146 abgezogen werden. Von der Differenz 147,1 war (wegen der Verdoppelung der Grundgehälter) die Hälfte zu nehmen. Dies gab (aufgerundet) 74. Hierzu war die feste Ziffer 25 zu addieren. Die gleitende Teuerungszulage für April 1921 betrug somit 99 Proz. von den (verdoppelten) Grundgehältern. Diese Rechnung, die, für April 1921 nochmals durchgeführt, algebraisch so ausieht:

$$\begin{array}{r}
293,1 \\
- 146,0 \\
\hline
147,1 : 2 \\
\hline
74 \\
+ 25 \\
\hline
99
\end{array}$$

wurde von dem Schreiber dieses oder einem anderen Kollegen des Bundes der Industrieangestellten gemeinsam mit dem Sekretär der führenden Unternehmerorganisation, des Wiener Industriellenklubs, unter Intervention eines höheren Beamten des Ministeriums für soziale Verwaltung, der die Preise brachte, aufgestellt und das Ergebnis der Rechnung durch die Tagespresse und mittels ein paar Depeschen bekanntgegeben. Unternehmer und Angestellte konnten sich ausrechnen, welche Gehaltsbezüge für den betreffenden Monat in Frage kamen. Der Wettkampf mit der Geldentwertung war auf ein Rechenexempel reduziert.

Das gleitende Lohnsystem war für Oesterreich geradezu eine Notwendigkeit. Wie wäre es sonst möglich gewesen, die gewaltigen Sprünge in den Einkommensziffern der Arbeitnehmer, die von zirka 15 000 bis 18 000 Kronen für das Jahr im Februar 1920 auf 2 bis 2 1/2 Millionen Kronen für das Jahr im gegenwärtigen Augenblick emporschnellen, ohne die schwersten Kämpfe und Erschütterungen durchzuführen! So aber waren die Ergebnisse der Automatik des Systems für die Industrieangestellten der Pegel für die Lohn- und Gehaltsentwicklung ganz Oesterreichs. Sie wirkten auf alle anderen Tarifverträge, auch die der Arbeiter, entscheidend ein und erleichterten die Lohnverhandlungen. Dabei waren die in der Indextabelle angeführten Artikel und deren Mengen, die übrigens dem entsprechen, wozu ein österreichischer Staatsbürger anfangs 1920 leben sollte, so glücklich gewählt, daß der Index selbst die jeweilige Teuerung voll erfaßte. Verschiedene Versuche, eine für die Arbeitnehmer noch günstigere Zusammenstellung zu finden, zeigten keine besonderen Ergebnisse.

Von all den Befürchtungen, welche gegen das gleitende Lohnsystem eingewendet werden, hat sich in Oesterreich keine bewahrt. Das System hinderte uns nicht im geringsten, die Frage einer Regelung der Grundgehälter ohne Rücksicht auf den Bestand des Gehaltsystems wiederholt aufzuwerfen und dafür sogar Kämpfe zu führen. Schon im Mai 1920, also 3 Monate nach Schaffung des gleitenden Systems, kam es sogar zu einem Generalstreik der Industrieangestellten, der damals eine außerordentliche Erhöhung der Einkommen um 45 bis 61,5 Proz. brachte, ohne das System irgendwie zu beeinträchtigen. Vielleicht erfordern solche Kämpfe ein wenig taktisches Geschick, möglich aber sind sie. — Von Interesse für die Kollegen gegenüber ihrer Organisation, in Folge der gleitenden Anpassung der Gehälter an die Teuerung war nichts zu bemerken. Im Gegenteil, es traten ganze Gruppen, eben wegen der gleitenden Zulage, dem Bund der Industrieangestellten bei. Dieser hat in den zwei Jahren der Herrschaft des Gleichsystems seinen Bestand von zirka 45 000 Mitgliedern voll bewahrt, obwohl die Mitgliedsbeiträge schon 600 bis 2000 Kronen für den Monat betragen. — Dagegen aber hat das System durch lange Monate hindurch jede langwierige Lohnverhandlung überflüssig gemacht und so den Unternehmern und den Angestellten, die Unterhändler sind, Tausende von Arbeitsstunden erspart.

Die Lage der deutschen Wollindustrie.

Den „Bremer Nachrichten“ wurde geschrieben: Bekanntlich hat die deutsche Wollindustrie während der Kriegsjahre und bis in das Jahr 1920 hinein unter starkem Mangel an Rohmaterial gelitten, und sie war nur dürftig beschäftigt. Das ist nunmehr in erfreulicher Weise viel besser geworden. Unsere deutsche hochentwickelte Wollindustrie ist nicht nur in der Lage, den Inlandsbedarf an Wollwaren voll zu decken, sondern auch in großem Umfange nach Wollwaren zu exportieren. Insofern ist aber diese Industrie vom Ausland abhängig, als sie ihren Rohstoff, die Schafwolle, zu 90 Proz. von dort beziehen muß und deshalb von den hohen Devisenkursen besonders empfindlich getroffen wird. Die hohen Preise der Wollartikel, der Damenkleider- und Herrenstoffe, rufen ein erhöhtes Interesse an der Frage wach, woher diese hohen Preise kommen.

Rohmaterial ist reichlich nach wie vor angetreten, besonders besteht an großer Wolle noch immer ein gewisser Ueberfluß; in feiner Wolle dürften sich Nachfrage und Angebot die Wage halten. Die Fabrikate aus leichter werden nach wie vor wegen ihrer Leichtigkeit und ihres angenehmen Tragens von der Mode begünstigt, sie sind aber entsprechend teurer als die Erzeugnisse aus grober Wolle. Daher kommt es, daß feine Wolle im Gegensatz zu der groben Wolle auf den ausländischen Märkten ungefähr das ein- bis zweifache des letzten Friedenspreises wert ist. Nimmt man dazu die Entwertung der Mark im Ausland, so ergibt sich, daß feine Wolle dem deutschen Verbraucher heute mindestens das Siebzehnfache des Vorkriegspreises kostet. Hierzu tritt dann noch die riesige Verteuerung der Herstellungskosten, die sich aus der Steigerung der Löhne und Gehälter, der Rohle und aller Hilfsmaterialien ergibt.

Es darf also nicht Wunder nehmen, daß der Preis der fertigen Wollzeugnisse so hoch geworden ist, daß weite Kreise der Bevölkerung sich bei ihrer Einnahme große Zurückhaltung auferlegen müssen. Ob in diesen Verhältnissen sobald ein Umschwung eintreten kann, ist mindestens zweifelhaft. Die Weltzeugung an Wolle nimmt nicht zu, sie scheint ihre obere Grenze erreicht zu haben. Jede Dürre, die beispielsweise in Australien ausbricht, wirkt die Erzeugung um Hunderttausende von Ballen zurück, und es bedarf einer Reihe von Jahren, bis der so entstandene Verlust an Schafen wieder ausgeglichen ist. Wenn sich in den Händen der englischen Regierung nicht noch erhebliche Bestände befänden, die sich während der Kriegsjahre im Einvernehmen mit den australischen Schafzüchtern angeammelt haben, würde der Preis der Wolle zweifellos heute noch höher sein. Es ist erstaunlich, wie rasch die Vorräte von dem europäischen und amerikanischen Verbrauch aufgekauft werden.

Für den Preis der Wolle in Deutschland spielt ja daneben die Entwertung der Mark eine ausschlaggebende Rolle; inwieweit diese noch weitere Fortschritte macht, vermag niemand zu sagen. Während bis Mitte November v. J. die Nachfrage nach Wollzeugnissen recht gut war, brachte hierin der Umschwung am Devisenmarkt eine große Veränderung; an Stelle der bis dahin herrschenden Kauflust trat ausgesprochene Zurückhaltung ein. Mit dem erneuten Ansteigen der Devisenkurse in den letzten Wochen trat neuerdings größere Lebhaftigkeit in der Nachfrage ein, die natürlich auch ihre Wirkung auf den Preis des Rohstoffes und des Fertigfabrikates äußerte.

Zurzeit sind auch die Wollwebereien und -spinnereien in befriedigend beschäftigt. Sehr große Störungen brachte der Eisenbahnstreik sowohl in der Zufuhr des Rohstoffes, als auch zum Versand der fertigen Ware, auf die allerseits mit Ungebuld gemartet wurde.

Was den Absatz der deutschen Wollindustrie ins Ausland anbelangt, so liegt dieser ja bekanntlich von dem Kurs der Mark abhängig. So lange der Valutaunterschied im bisherigen Maße besteht, können die Erzeugnisse ins Ausland abgesetzt werden, zumal

die Güte der deutschen Ware sich auch heute noch vorteilhaft mit der der im Ausland hergestellten Fabrikate vergleicht. Würden sich aber die Herstellungskosten im Inland nach und nach an die im Ausland angleichen — und die Tendenz dazu ist vorhanden —, so würde zweifellos die Exportfähigkeit der deutschen Wollindustrie dadurch in hohem Maße beeinträchtigt werden. Denn solange wir in Deutschland noch immer weniger arbeiten als im Ausland und solange die uns aus dem Versailler Vertrag erwachsende Steuerbelastung höher als die im Ausland ist, kann die Aufrechterhaltung unseres Exportes nur so lange erwartet werden, als die deutsche Industrie den Schutz des großen Valutaunterschiedes genießt. Schwindet aber dieser, und hält die bisherige Tendenz der Verteuerung der Herstellungskosten an, so ist sogar zu befürchten, daß ausländische Ware hereinkommt und außerdem die jetzt im Ausland herrschende Arbeitslosigkeit auf deutschen Boden verpflanzt wird. Ein Beispiel dafür, was Deutschland in dieser Hinsicht drohen würde, bietet heute die Tschechoslowakei, in welchem Lande infolge des Anstieges des Wertes der tschechischen Krone eine förmliche Krise in der dort eine große Rolle spielenden Wollindustrie ausgebrochen ist.

Preiserhöhung für Wollgarne. Steigerung um 50 bis 70 Proz. seit November. Die Markenspinner haben mit Wirkung vom 1. März 1922 ab wesentlich erhöhte Preislisten für wolleenes Handelsstrickgarn bekanntgegeben. Zu diesen Preisen werden nur Aufträge in beschränktem Maße und nicht über das 2. Viertel des Jahres hinaus angenommen. Zur Begründung der hohen Notierung wird ausgeführt, daß die Preise für Wolle auf den Weltmärkten, namentlich für feinere Sorten, außerordentlich in die Höhe gegangen seien. Ferner wird auf die Verschlechterung der Kaufkraft der Mark und die fortgesetzt steigenden Arbeitslöhne hingewiesen. Die Preise zeigen gegenüber der Liste vom 1. November 1921 eine Erhöhung je nach der Beschaffenheit von 50 bis 70 Proz.

Wochenbericht der Bremer Baumwollbörse.

Bremen, 18. März. Die Nachfrage blieb weiter ziemlich gut, jedoch litt das Geschäft unter der starken Aufwärtsbewegung der Devisen.

Notierungen vom 17. März 1922:
Amerikanische Baumwolle. Preise in bar ohne Abzug.
(Markt für 1 Kilogramm.)

Middl. fair	Full good middl.	Good middl.	Full middl.	Middling	Full low middl.	Low middl.	Full good or binarh	Good or binary	De-binary
130,90	127,10	124,40	121,70	118,45	115,20	111,40	106,60	101,80	93,70

Notierungen der letzten Woche:

American full middling, good	11./3.	13./3.	14./3.	15./3.	16./3.	17./3.
Color and staple, loco						
1 Uhr mittags	112,50	114,10	119,60	119,—	118,10	120,20
6 „ nachmittags	—	115,50	118,10	116,80	116,90	121,70

Preisnotierungen der Industrie- und Handelsbörse Stuttgart.

am 15. März.
Stuttgarter Verkaufsbedingungen: Garne: ab Fabrik, zahlbar netto Kasse ohne Skonto bei Futuraempfang. Gewebe: ab Fabrik, zahlbar netto Kasse ohne Skonto innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum.

Baumwollgarne:

Nr. 20 Engl. Troffel, Warp- und Pincops	180—185 Ml. das Stk.
30	210—215
36	215—220
42	218—223
44	220—225

Baumwollgewebe:

92 cm glatte Ratine oder Croisés (19/18 pro 1/4 franzö. Zoll)	aus 36/42er 25,50—26,50 Mark das Meter.
88 cm Cretonnes (16/16 pro 1/4 franzö. Zoll)	aus 20/20er 30,00—31,00 Mark das Meter.
88 cm Renforcés (18/18 pro 1/4 franzö. Zoll)	aus 30/30er 27,50—28,50 Mark das Meter.

Genossenschaftliches.

Zur Nacharbeit in genossenschaftlichen Bäckereien

liegt eine bemerkenswerte gerichtliche Entscheidung aus Frankreich vor. Die französischen Konsumgenossenschaften sind der Auffassung, daß das Verbot der Nacharbeit in Bäckereibetrieben, das in Frankreich für die Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens gilt, auf Genossenschaften, deren Bäcker zugleich Mitglieder sind, nicht angewandt werden könne. In einem Strafprozeß, der in zweiter Instanz zu der Beurteilung eines zwitterhandelnden Genossenschaftsleiters führte, hat nun, wie in Nr. 216 der „Action Cooperative“ vom 18. Februar mitgeteilt wird, der Kassationshof entschieden, daß das Urteil der zweiten Instanz eine Rechtsverletzung darstelle. Auf Bäcker, die als Mitglieder einer Konsumgenossenschaft beitragen, den Genossen zur größtmöglichen Ersparnis beim Einkauf der Lebensmittel und besonders beim Brotpreis zu verhelfen, finde das Nacharbeitverbot keine Anwendung.

Konsumgenossenschaftliche Bildungsarbeit.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung stellt hohe Anforderungen an den einzelnen Menschen. Da es sich bei der Arbeit der Konsumvereine um eine wirtschaftliche Angelegenheit handelt, so müssen die Teilnehmer an dieser Arbeit ausreichende Kenntnisse über Wirtschaftsdinge besitzen, wenn die Arbeit mit Nutzen geleistet werden soll. Diese Kenntnisse müssen erworben und verschafft werden. Das geschieht landauf, landab in vielfacher Wiederkehr der ganzen Arbeit, die wir Bildungsarbeit nennen. Schon lange vor dem Kriege stand der Zentralverband deutscher Konsumvereine inmitten dieser Arbeit. Der Krieg hemmte diese Arbeit. Aber gleichzeitig nach seiner Beendigung fand die Bildungs- und Erziehungsarbeit ihre Fortsetzung. In Hamburg entstand die Genossenschaftsschule des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Dort spielt sich nun schon zum zweiten Male ein Leben reicher Arbeit ab. Meist junge Leute, Angestellte deutscher Konsumvereine, halten sich im Winterhalbjahre, von Oktober bis Ende März, hier auf, um in allen Zweigen genossenschaftlicher Arbeit unterrichtet zu werden. Zu den beiden festgestellten Lehrern treten etwa zwanzig weitere Lehrkräfte, die alle in konsumgenossenschaftlichen Betrieben am leitenden Stelle arbeiten. Im Sommer veranstaltet die Fortbildungskommission des Zentralverbandes Fortbildungskurse für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Konsumvereine in allen Teilen Deutschlands. Zum Monat Mai dieses Jahres hat sie die Sekretäre der Konsumvereine nach Hamburg geladen, um diesen Mitarbeitern Gelegenheit zu geben, die Wissensgrundlagen ihrer Tätigkeit auf ihre Tragfähigkeit zu prüfen und um diese Grundlagen, wenn erforderlich, zu stärken. Daneben leistet die Fortbildungskommission wertvolle literarische Arbeit. Was noch fehlt, um zum Ziele zu gelangen, ist neben einer stetigen Entwicklung der Konsumgenossenschaften Wille und Tatkraft aller Mitarbeiter am Werke, Wissen und Können zu erwerben, damit der Weg zum Ziele jede mögliche Abkürzung erfahren kann.